Niederschrift

**über die 38. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Hilden am
Mittwoch, 24.06.2009 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses**

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Bürgermeister Günter Scheib

Ratsmitglied

Frau Susanne Brandenburg	CDU	
Herr Alexander Büttner	CDU	
Herr Walter Corbat	CDU	
Herr Reinhard Eisen	CDU	
Herr Peter Hancke	CDU	
Herr Lothar Kaltenborn	CDU	
Frau Ute-Lucia Krall	CDU	
Herr Dr. Stephan Lipski	CDU	
Frau Claudia Schlottmann	CDU	
Herr Rainer Schlottmann	CDU	
Herr Norbert Schreier	CDU	
Herr Jürgen Spelter	CDU	
Frau Angelika Urban	CDU	
Herr Heinz-Georg Wingartz	CDU	
Herr Reinhard Zenker	CDU	
Frau Birgit Alkenings	SPD	
Herr Hans-Georg Bader	SPD	
Frau Anabela Barata	SPD	
Herr Manfred Böhm	SPD	ab TOP 3.3
Herr Ludger Born	SPD	
Herr Christoph Bosbach	SPD	
Herr Torsten Brehmer	SPD	
Herr Reinhold Daniels	SPD	
Frau Marie-Liesel Donner	SPD	
Herr Klaus Dupke	SPD	
Frau Dagmar Hebestreit	SPD	
Herr Rolf Mayr	SPD	
Herr Hans-Werner Schneller	SPD	
Herr Jürgen Scholz	SPD	
Frau Hiltrud Stegmaier	SPD	
Herr Kurt Wellmann	SPD	
Herr Peter Dahm-Korte	BA	
Herr Ludger Reffgen	BA	ab TOP 3.3
Herr Franz-Dieter Schnitzler	BA	
Herr Udo Weinrich	BA	
Herr Klaus-Dieter Bartel	Grüne	
Frau Ellen Reitz	Grüne	
Frau Susanne Vogel	Grüne	

Herr Friedhelm Burchartz FDP
Herr Rudolf Joseph FDP
Herr Horst Welke FDP
Herr Dr. Ralf Bommermann dUH
Herr Werner Horzella dUH
Frau Marlene Kochmann dUH

Von der Verwaltung

Herr 1. Beig. Horst Thiele
Herr Beig. Norbert Danscheidt
Herr Beig. Reinhard Gatzke
Herr Kämmerer Heinrich Klausgrete
Frau Monika Ortmanns Gleichstellungsbeauftragte
Herr Michael Witek
Herr Lutz Wachsmann
Herr Roland Becker
Frau Christina Herzberg

Es fehlten

Ratsmitglied

Herr Hans-Heinrich Helikum CDU
Herr Achim Kleuser fraktionslos

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 CO-Pipeline der Firma Bayer-Material Science - Sachstandsbericht
- 3 Anregungen und Beschwerden
 - 3.1 Antrag nach § 24 GO; Hoffeldstraße WP 04-09 SV 66/120
 - 3.2 Kanalbaumaßnahme Auf der Hübben WP 04-09 SV
Antrag nach §24 GO 66/142/1
 - 3.3 Beschattung einer Fotovoltaik-Anlage WP 04-09 SV 66/170
hier: Anregung nach §24 GO NRW
- 4 Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses
 - 4.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 57A, 3.Änderung (VEP WP 04-09 SV 61/294

	Nr. 12) für den Bereich Werner-Egk-Straße/Schumannstraße/ Molzhausweg (Friedenskirche); Abhandlung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung Offenlagebeschluss	
4.2	Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 73A, 3. Änderung für den Bereich Berliner Str. / Am Rathaus; Abhandlung der Anregungen Satzungsbeschluss	WP 04-09 SV 61/287
4.3	Bebauungsplan Nr. 73A, 4. beschleunigte Änderung für den Be- reich Berliner Str. / Am Rathaus; Abhandlung der Anregungen Satzungsbeschluss	WP 04-09 SV 61/288
4.4	Bebauungsplan Nr. 95, 4. beschleunigte Änderung für den Bereich Clarenbachweg/Rembrandtweg; Abhandlung der Anregungen Satzungsbeschluss	WP 04-09 SV 61/283
4.5	Bebauungsplan Nr. 253 für einen Bereich zwischen Düsseldorfer Str./ Horster Allee/ Itterbach/ Stadtgrenze; Änderung des Aufstellungsbeschlusses Abhandlung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung Offenlagebeschluss	WP 04-09 SV 61/293
4.6	45. Änderung des Flächennutzungsplans für einen Bereich zwi- schen Düsseldorfer Str./ Horster Allee/ Itterbach/ Stadtgrenze; Änderung des Aufstellungsbeschlusses Abhandlung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung Offenlagebeschluss	WP 04-09 SV 61/292
4.7	50. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Werner Egk-Straße/ Schumannstraße (Friedenskirche) Abhandlung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung Offenlagebeschluss	WP 04-09 SV 61/285
4.8	Dr.-Ellen-Wiederhold-Platz, Unterlagen nach §14 GemHVO	WP 04-09 SV 66/166
5	Angelegenheiten des Jugendhilfeausschusses	
5.1	Satzung der Stadt Hilden über die Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder - Änderung der Elternbeitragstabelle (Anlage zu § 5 der Satzung)-	WP 04-09 SV 51/415
5.2	Kindertagespflege a) Änderung der Richtlinien zur Ausgestaltung der Kindertages- pflege gem. §§ 22 ff SGB VIII b) Satzung der Stadt Hilden über die Erhebung von Elternbei- trägen für die Betreuung von Kindern in der Kindertagespflege im Stadtgebiet Hilden	WP 04-09 SV 51/435
6	Angelegenheiten des Schul-, Sport- und Sozialausschusses	
6.1	Offene Ganztagsgrundschule	WP 04-09 SV 51/427

Änderung der Satzung der Stadt Hilden über die Teilnahme sowie die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der "Offenen Ganztagsgrundschule", in der "Verlässlichen Grundschule 8-1" sowie bei "Silentien" im Primarbereich

6.2	Vertragsänderung SchokoTicket	WP 04-09 SV 51/428
6.3	Ganztagsoffensive
"1000-Schulen-Programm"
- neue Planung für die Mensa der Theodor-Heuss-Schule -	WP 04-09 SV 51/436
6.4	Bau einer Fotovoltaik-Anlage auf der Grundschule Kalstert
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -	WP 04-09 SV 26/108
6.5	Überarbeitetes Schul- und Sportgebäudeunterhaltungsprogramm
2009-2011ff	WP 04-09 SV 26/106
7	Haushalts- und Gebührenangelegenheiten	
7.1	Kolpinghaus	WP 04-09 SV IV/001
7.2	Konjunkturpaket II, hier: Mittelverwendung	WP 04-09 SV 20/169
7.3	2. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen für den Anschluß an die Abwasseranlage der Stadt Hilden - Anschlußbeitragssatzung - vom 10.04.2003	WP 04-09 SV 60/099
7.4	1. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Hilden (Straßenbaubeitragssatzung) vom 30.06.2005	WP 04-09 SV 60/100
7.5	2. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Hilden über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen (Erschließungsbeitragssatzung) vom 07.11.1988	WP 04-09 SV 60/101
7.6	16. Nachtragssatzung zur Friedhofsgebührensatzung vom 20.06.1996	WP 04-09 SV 68/050
7.7	Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln
hier: Optimierung der Parkhäuser	WP 04-09 SV 20/174
7.8	Modernisierung Helmholtz-Gymnasium
hier: überplanmäßiger Mittelbedarf	WP 04-09 SV 26/112
8	Anträge	
8.1	Prioritätenliste für energetische Verbesserungen an städtischen Gebäuden
- Antrag der CDU-Fraktion -	WP 04-09 SV
26/110/1
8.2	Antrag der Fraktion Bürgeraktion Hilden auf Vorlage des Entwurfes einer Baumschutzsatzung und des Entwurfes einer Baumschutz - Richtlinie	WP 04-09 SV 60/104
8.3	Antrag der Fraktion Bürgeraktion Hilden auf Senkung der prozen-	WP 04-09 SV 60/108

tualen Anteilssätze der Straßenbaubeitragspflichtigen

8.4	"Mehr Transparenz bei öffentlichen Unternehmen schaffen"	WP 04-09 SV 01/143
8.5	"Wirtschaftsförderung aus einem Guss": Antrag der FDP-Ratsfraktion vom 06.02.2009 - SV 23/061 -	WP 04-09 SV 23/061
8.6	Ganzheitliches Handlungskonzept für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing entwickeln;
Antrag der Fraktion BA vom 27.05.2009	WP 04-09 SV 23/064
9	Sonstige Angelegenheiten	
9.1	Prüfungsbericht "Hoffeldstraße"	WP 04-09 SV 14/051
9.2	Entsendung einer offiziellen Delegation in die Partnerstadt Nove Mesto nad Metuji	WP 04-09 SV 01/142
9.3	Erlass einer neuen Sondernutzungssatzung	WP 04-09 SV
32/015/1
9.4	Neuwahl eines Schiedsmannes für den Hildener Norden/Westen	WP 04-09 SV 10/051
9.5	Neuwahl eines stellvertretenden Schiedsmannes für beide Hildener Schiedsamtsbezirke	WP 04-09 SV 10/052
10	Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen	
10.1	Termine	
10.2	Baustopp Sparkassenneubau	
10.3	Lage- und Rechenschaftsbericht 2007	
10.4	Konzernbilanz	
10.5	Finanzstatus	
11	Entgegennahme von Anfragen und Anträgen	
11.1	Netzwerk Kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzepte	
11.2	Streikmaßnahmen der Erzieherinnen und Erzieher in den KITA	
11.3	Sporthallenkapazität laut Schulentwicklungsplan 2007	
11.4	Stand der Umsetzung eines Ratsbeschlusses vom 19.12.1995	
11.5	Beteiligungsmanagement und Informationsversorgung der Politik	
11.6	Bücherschrank in der Hildener Innenstadt	

Gegen 17.30 Uhr wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Bürgermeister Scheib, begrüßte die Mitglieder des Rates, der Verwaltung und die erschienenen Zuhörer. Zur Tagesordnung stellte er fest, dass diese rechtzeitig zugegangen und der Rat beschlussfähig sei.

Änderungen zur Tagesordnung

Zur Tagesordnung teilte Bürgermeister Scheib mit, dass die Verwaltung den Tagesordnungspunkt 3.2 – Kanalbaumaßnahme Auf der Hübben - zurückziehe, da zwischenzeitlich noch 2 Anträge auf Anschluss an das städtische Kanalnetz eingegangen seien und die Verwaltung prüfe, ob dies Auswirkungen auf die übrigen Anwohner hat. Der Tagesordnungspunkt 6.4 werde ebenfalls zurückgezogen, da seitens der Stadtwerke Hilden noch keine Ergebnisse vorliegen. Des Weiteren werde der Tagesordnungspunkt 8.2 – Antrag der Fraktion Bürgeraktion Hilden auf Vorlage des Entwurfes einer Baumschutzsatzung - zurückgezogen, da zunächst noch eine Beratung im Fachausschuss erfolgen soll.

Abschließend schlug er vor, den Tagesordnungspunkt 8.3 – Antrag der Fraktion Bürgeraktion Hilden auf Senkung der prozentualen Anteilssätze der Straßenbaubeitragspflichtigen – vorzuziehen und unmittelbar vor der Beratung der Tagesordnungspunkte 7.4 und 7.5 zu behandeln, da dies thematisch zusammenhänge.

Darüber hinaus schlug Rm. Horzella vor, den Tagesordnungspunkt 7.2 vor dem Tagesordnungspunkt 7.1 zu behandeln, da die Beschlussfassung hier auch Auswirkungen auf das Konjunkturpaket habe.

Mit den vorgenannten Änderungen der Tagesordnung erklärten sich die Mitglieder des Rates einverstanden.

Abschließend wies Bürgermeister Scheib darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 6.5 – überarbeitetes Schul- und Sportgebäude-Unterhaltungsprogramm 2009 – 2011 – pflichtgemäß auf die Tagesordnung gesetzt wurde, da ein entsprechender Antrag der Bürgeraktion zur Tagesordnung eingereicht wurde. Inhaltlich könne hierüber aber kein Beschluss gefasst werden, da nach der Zuständigkeitsordnung der Haupt- und Finanzausschuss zuständig sei.

Einwohnerfragestunde

a) Nicola Tang, Auf der Hübben 8, Hilden – Kanalbaumaßnahme Auf der Hübben.

Auf entsprechende Nachfrage von Frau Tang erläuterte Bürgermeister Scheib, dass nach den gesetzlichen Vorgaben die Gemeinde verpflichtet ist, einen Regenwasserkanal herzustellen, wenn auch nur ein einzelner Anwohner den Anschluss an dieses Netz begehrt. Hierzu gäbe es aber durchaus auch andere rechtliche Auffassungen. Die Verwaltung will daher vorab die Angelegenheit rechtlich noch einmal überprüfen lassen, bevor ein endgültiger Beschluss in der Sache gefasst wird. Das Ergebnis der rechtlichen Überprüfung wird dann in die Beschlussfassung des Rates im September einfließen. Vorab werden aber die betroffenen Anwohner entsprechend informiert werden.

1 Befangenheitserklärungen

Rm. Bartel/Grüne erklärte sich zu den Tagesordnungspunkten 3.1 und 9.1 befangen, Rm. Eisen/CDU zu den Tagesordnungspunkten 4.3 und 4.2.

1. Beigeordneter Thiele erklärte sich ebenfalls zum Tagesordnungspunkt 3.1 für befangen.

2 CO-Pipeline der Firma Bayer-Material Science - Sachstandsbericht

Bürgermeister Scheib teilte mit, dass es derzeit, abgesehen von den per E-Mail bereits übersandten Informationen keine Neuigkeiten gäbe.

3 Anregungen und Beschwerden

3.1 Antrag nach § 24 GO; Hoffeldstraße

WP 04-09 SV 66/120

Rm Bartel/Grüne nahm an der Beschlussfassung und Abstimmung über diesen TOP nicht teil.

Auf Antrag von Rm. Weinrich ließ Bürgermeister Scheib zunächst über die Ziffern 1 und 2 des Bürgerantrags separat abstimmen.

Zu Ziffer 1 des Bürgerantrages (Umwandlung der Hoffeldstraße in eine Haupteerschließungsstraße): Mehrheitlich abgelehnt

CDU-Fraktion:	14 Nein
SPD-Fraktion:	15 Nein
BA-Fraktion:	3 Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	3 Nein
FDP-Fraktion:	3 Nein
dUH-Fraktion:	3 Nein
Bürgermeister	Nein

Zu Ziffer 2 des Bürgerantrages (nur beitragsfreie Reparaturen durchzuführen):

CDU-Fraktion:	14 Nein
SPD-Fraktion:	15 Nein
BA-Fraktion:	3 Ja
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:	3 Nein
FDP-Fraktion:	3 Enthaltungen
dUH-Fraktion:	3 Nein
Bürgermeister:	Nein

Beschlussvorschlag:

Der Rat bestätigt den Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 10.6.2009 zu Punkt 1 :

1. *Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Erläuterungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, den Antrag nach § 24 GO abzulehnen.*

Abstimmungsergebnisse:

einstimmig beschlossen

3.2 Kanalbaumaßnahme Auf der Hübben
Antrag nach §24 GO

WP 04-09 SV
66/142/1

Dieser Tagesordnungspunkt war zu Beginn der Sitzung von der Verwaltung zurückgezogen worden.

3.3 Beschattung einer Fotovoltaik-Anlage
hier: Anregung nach §24 GO NRW

WP 04-09 SV 66/170

Beschlussvorschlag:

Der Rat bestätigt den Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses:

„Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die Anregung nach §24 GO NRW abzulehnen und den städtischen Straßenbaum wegen der Beschattung einer Fotovoltaikanlage nicht zu fällen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4 **Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses**

- 4.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 57A, 3.Änderung (VEP WP 04-09 SV 61/294
Nr. 12) für den Bereich Werner-Egk-Straße/Schumannstraße/
Molzhausweg (Friedenskirche);
Abhandlung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung
Offenlagebeschluss
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss:

1. die Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung wie folgt abzuhandeln:

1.1 Schreiben des Kreises Mettmann vom 28.04.2009

Die Hinweise der Unteren Bodenschutzbehörde in Bezug auf den Altstandort am westlichen Rand des Plangebiets werden zur Kenntnis genommen. Der Anregung, einen Hinweis zur Beteiligung der Unteren Bodenschutzbehörde in den Bebauungsplan aufzunehmen, wird gefolgt.

In die Begründung zum Bebauungsplan wird ein Hinweis auf die potenzielle Altablagerung nebst Beteiligung der Unteren Bodenschutzbehörde aufgenommen. Der Eigentümer der Fläche sowie der Vorhabenträger wurde über die geäußerten Verdachtsmomente informiert. Eine Kennzeichnung nach § 9 (5) Nr. 3 BauGB in der Planzeichnung des Bebauungsplans erfolgt nicht, da hier zunächst nur ein erster „Anfangsverdacht“ besteht und nicht nachweislich Böden mit erheblichen Belastungen vorliegen.

Die Bitte des Kreisgesundheitsamtes, im Genehmigungsverfahren frühzeitig beteiligt zu werden, wird berücksichtigt.

Die Hinweise des Planungsamtes werden zur Kenntnis genommen.

1.2 Schreiben der RWE Rhein-Ruhr Netzservice GmbH vom 03.04.2009

Da keine Kabelanlagen der RWE Rhein-Ruhr Netzservice GmbH vorhanden sind, ergeben sich keine Folgerungen für die Planung.

1.3 Schreiben des BUND vom 30.04.2009

Der Hinweis auf die unzureichende Beurteilungsbasis wird zur Kenntnis genommen. Diesbezüglich wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 4 Abs. 1 BauGB die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange u.a. dazu dient, Anregungen im Hinblick auf Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung einzuholen, so dass die Erkenntnisse aus der frühzeitigen Beteiligung zur Erarbeitung des Umweltberichts dienen und auch die Vorlage eines Umweltberichts zu diesem Verfahrensstand keinesfalls erforderlich ist.

Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um die Änderung eines bestehenden Bebauungsplans. Das geltende Baurecht ermöglicht eine Versiegelungsrate von 60 %. Durch die Neuplanung wird eine Versiegelungsrate von 65,6 % ermöglicht. Rechtlich gesehen wird die mögliche Versiegelung demnach nicht um 10 % sondern lediglich um 5,6 % erhöht.

Bei der Beurteilung des Eingriffs ist im Falle einer Planänderung nicht der Bestandszustand des Plangebiets als Vergleichsgröße anzusetzen, sondern es sind die bereits nach geltendem Recht möglichen Eingriffe den neuen Eingriffen gegenüberzustellen. Nach derzeitigem Planungsrecht könnte im Plangebiet bereits über das derzeit vorhandene Maß, bis zu einem Wert von 60 % versiegelt werden. Ein Vergleich mit dem Ist-Zustand ist demnach rechtlich nicht korrekt.

Die Aussage, dass es sich bei den Böden im Plangebiet um anthropogen überformte Böden handelt, ist nicht zynisch, sondern fachlich korrekt. Es sind zu großen Teilen versiegelte Flächen vorhanden, in den Freibereichen, vor allem der Kindertagesstätte, haben Arbeiten zur Geländemodellierung u. dgl. stattgefunden, so dass der natürliche Schichtaufbau des Bodens zum größten Teil nicht mehr vorhanden ist, auch wenn im Plangebiet Grünbereiche vorhanden sind, die optisch einen gesunden Bodenaufbau vermuten lassen.

Zudem sind prinzipiell die Umnutzung bzw. Wiedernutzung und Nachverdichtung von innerstädtischen Standorten zu fördern und werden auch durch den § 1a Abs. 2 BauGB explizit gefordert. Die Alternative für eine bauliche Entwicklung stellte ansonsten die Inanspruchnahme von Böden außerhalb des derzeitigen Siedlungsgebiets dar, die tatsächlich bisher, abgesehen von ggf. landwirtschaftlicher Nutzung, nicht von anthropogener Überformung betroffen waren.

Zudem gibt es für die Evangelische Kirchengemeinde keine Standortalternative, wenn sie ihre Angebote und Funktionen in Hilden weiter in ausreichendem Umfang wahrnehmen will. Dazu sind die Konzentration der kirchlichen Nutzungen auf einer kleineren Fläche und die wohnbauliche Nutzung der nicht mehr benötigten Flächen durch einen Investor zwingend erforderlich.

Die Anregungen in Bezug auf erforderliche Untersuchungen werden zur Kenntnis genommen. Die Auswirkungen auf die einzelnen Schutzgüter wurden in der Umweltprüfung untersucht und sind im Ergebnis im Umweltbericht dargestellt.

1.4 das Protokoll der Bürgeranhörung vom 02.04.2009 wird zur Kenntnis genommen und in die Abwägung einbezogen.

2. **die öffentliche Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 57A, 3. Änderung (VEP Nr. 12), sowie die Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange bei der Aufstellung von Bauleitplänen gem. § 4 Abs. 2 i. V. m. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316)**

Das Plangebiet liegt im Hildener Norden und wird begrenzt im Norden durch die rückwärtigen Grundstücke der Wohnbebauung an der Händelstraße, im Westen durch den Molzhausweg, im Süden durch die Schumannstraße sowie im Osten durch die Werner-Egk-Straße. Davon betroffen ist das Flurstück 1578 der Flur 8 der Gemarkung Hilden.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes soll planungsrechtlich einerseits die Errichtung von Einfamilienhäusern sowie eines Wohngebäudes mit altengerechten Wohnungen ermöglichen und andererseits die Kirche und das Gemeindezentrum mit der neu geplanten Kindertagesstätte dauerhaft sichern.

Dem Offenlagebeschluss liegt die Entwurfsbegründung inklusive Umweltbericht mit Stand vom 15.05.2009 zugrunde.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4.2	Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 73A, 3. Änderung für den Bereich Berliner Str. / Am Rathaus;
Abhandlung der Anregungen
Satzungsbeschluss | WP 04-09 SV 61/287 |
|-----|---|--------------------|
-

Rm. Eisen/CDU nahm an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Rm. Krall/CDU regte mit Blick auf die Geschehnisse um den Sparkassenneubau an, die Tagesordnungspunkte 4.2 und 4.3 heute nicht zu beschließen, sondern noch einmal rechtlich überprüfen zu lassen, zumal, wie Dr. Bommermann/dUH hinzufügte, der Satzungsentwurf gegenüber der Auslegung leicht modifiziert wurde.

Nach kurzer Diskussion bestand Einigkeit darin, dass die Aufhebung des Bebauungsplanes diesbezüglich unproblematisch sei, der neue Satzungsbeschluss, wie er unter Tagesordnungspunkt 4.3 gefasst werden sollte, aber sinnvollerweise vorab noch einmal rechtlich überprüft werden sollte. Einigkeit bestand weiterhin dahingehend, dass für diese rechtliche Überprüfung keine Haushaltsmittel bereitgestellt werden sollten, sondern möglichst die Kapazitäten anderer kreisangehöriger Gemeinden zu nutzen.

Bürgermeister Scheib sagte zu, die Kreisverwaltung als Aufsichtsbehörde zu bitten, diesen Satzungsbeschluss vorab zu prüfen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss

1. die eingegangenen Anregungen wie folgt abzuhandeln:
 - 1.1 Zu den Anregungen aus der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB und aus der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB wird wie folgt Stellung genommen:
 - 1.1.1 Schreiben von Frau Elisabeth und Herrn Christoph Leimberg vom 23.05.2009
 - 1.1.2 Schreiben des Herrn Rolf-Peter Cremer vom 23.05.2009
 - 1.1.3 Schreiben des Herrn Kai Siepmann vom 23.05.2009
 - 1.1.4 Schreiben von Frau Sibylle Drews vom 23.05.2009

Da alle vier Schreiben wörtlich identisch sind, werden sie gemeinsam in die städtebauliche Abwägung eingestellt.

Frau Elisabeth Leimberg und Frau Sibylle Drews sowie die Herren Christoph Leimberg, Rolf-

Peter Cremer und Kai Siepmann nehmen als Anwohner der Bismarckstraße zur Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 73A, 3. Änderung Stellung.

Zwar wird im Schreiben auch die Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 73A, 3. Änderung erwähnt, jedoch setzen sich die Anregungen nur mit den geplanten Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 73A, 4. Änderung auseinander.

Der Bebauungsplan Nr. 73A, 3. Änderung setzte 1999 für das Grundstück Am Rathaus 40 östlich der Straße Am Rathaus ein Kerngebiet fest, in dem zwei Gebäude mit IV bzw. VI Vollgeschossen errichtet werden dürfen. Die Außenfassaden beider Gebäude mussten nach den damaligen Festsetzungen bereits erhöhte Schalldämm-Maße gewährleisten, um den Lärmemissionen der Berliner Straße entgegen zu wirken. Eine Errichtung eines öffentlichen Parkplatzes, etc. – wie im Prinzip in den Anregungen gefordert – war nicht vorgesehen.

Deshalb sind aus den Schreiben keine Anhaltspunkte erkennbar, die der städtebaulichen Abwägung mit dem Ergebnis: 'Aufhebung des Bebauungsplans' entgegen stehen.

- 1.2 Die während der frühzeitigen Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB eingegangenen Anregungen werden nicht anders in die städtebauliche Abwägung eingestellt, wie sie bereits durch den Rat am 01.04.2009 zum Offenlage-Beschluss (Beschlussvorlage 61/268) eingestellt wurden.
- 1.3 Weder während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB noch aus der Beteiligung gemäß § 4 Abs. 2 der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden Anregungen vorgetragen, die Bedenken gegen die Aufhebung des Bebauungsplans äußern.

Daher liegen keine Hinweise vor, die einer Aufhebung des Bebauungsplans widersprechen.

2. den Bebauungsplan zur Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 73A, 3. Änderung für den Bereich Berliner Str. / Am Rathaus gemäß §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung NRW vom 14.07.1994 (GV NW S.666) in der zzt. gültigen Fassung sowie gemäß § 10 Baugesetzbuch vom 27.12.2006 (BGBl. I S.3316) in der zzt. gültigen Fassung als Satzung.

Das Plangebiet der aufzuhebenden 3. Änderung liegt in unmittelbarer Nähe der Innenstadt und wird begrenzt im Norden durch den Fahrbahnrand der Berliner Straße, im Westen durch den Fahrbahnrand der Straße Am Rathaus sowie im Südosten durch die Itter. Davon betroffen sind die Flurstücke 1720, 1786 sowie teilweise die Flurstücke 1721 und 1847 der Flur 48 der Gemarkung Hilden und teilweise die Flurstücke 801 und 805 der Flur 50 der Gemarkung Hilden.

Dem Satzungsbeschluss liegt die Begründung mit Stand vom 13.02.2009 zugrunde.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich beschlossen

CDU-Fraktion:	13 Nein
SPD-Fraktion:	16 Ja
BA-Fraktion:	4 Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	3 Ja
FDP-Fraktion:	3 Ja
dUH-Fraktion:	3 Ja
Bürgermeister	Ja

- 4.3 Bebauungsplan Nr. 73A, 4. beschleunigte Änderung für den Bereich Berliner Str. / Am Rathaus; WP 04-09 SV 61/288
Abhandlung der Anregungen
Satzungsbeschluss
-

An der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nahm Rm. Eisen/CDU nicht teil.

Zu den Ausführungen der Ratsmitglieder wird verwiesen auf die Protokollierung zum Tagesordnungspunkt 4.2.

Der Rat beschloss einstimmig, die Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen.

- 4.4 Bebauungsplan Nr. 95, 4. beschleunigte Änderung für den Bereich Clarenbachweg/Rembrandtweg; WP 04-09 SV 61/283
Abhandlung der Anregungen
Satzungsbeschluss
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss

1. die eingegangenen Anregungen wie folgt abzuhandeln:
 - 1.1 Abhandlung der Anregung aus dem Offenlagebeschluss wird bestätigt

Die während der frühzeitigen Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Anregungen sind nicht anders zu bewerten, als bereits im Offenlagebeschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 07.01.2009 (Sitzungsvorlage 61/260) beschlossen. Es wird insoweit auf den Beschluss vom 07.01.2009 verwiesen.

2. den Bebauungsplan Nr. 95, 4. beschleunigte Änderung gemäß §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung NW vom 14.07.1994 (GV NW S.666) in der z.Zt. gültigen Fassung sowie gemäß § 10 in Verbindung mit § 13a Baugesetzbuch vom 27.12.2006 (BGBl. I S.3316) in der z. Zt. gültigen Fassung unter Berücksichtigung der stattgegebenen Anregungen als Satzung.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 95, 4. beschleunigte Änderung liegt südlich des Clarenbachweges und beinhaltet das Flurstück 1376, in Flur 65 der Gemarkung Hilden.

Vorrangiges Ziel der Planung ist die alleinige Ausweisung eines „Allgemeinen Wohngebietes (WA)“ für das Plangebiet, ohne die bisherige Festsetzung als „Fläche für Gemeinbedarf“ mit der Zweckbestimmung „Kirche“.

Dem Satzungsbeschluss liegt die Begründung vom 12.12.2008 zugrunde.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

- 4.5 Bebauungsplan Nr. 253 für einen Bereich zwischen Düsseldorfer Str./ Horster Allee/ Itterbach/ Stadtgrenze; WP 04-09 SV 61/293
Änderung des Aufstellungsbeschlusses
Abhandlung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung
Offenlagebeschluss
-

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die Änderung des Aufstellungsbeschlusses des Bebauungsplanes Nr. 253 vom 17.10.2007 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 24. Dezember 2008 (BGBl. I S. 3018) mit einem nach Westen erweiterten Plangebiet.

Das Plangebiet liegt im Westen der Stadt Hilden zwischen der Düsseldorfer Straße, der Horster Allee, dem Itterbach und der Stadtgrenze zu Düsseldorf. Es umfasst das Flurstück 335 und den westlichen Bereich des Flurstückes 369 in Flur 16 der Gemarkung Hilden.

2. Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss die Abhandlung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung:

- 2.1 Schreiben der Kreisverwaltung Mettmann vom 06.11.2008

Untere Wasserbehörde:

In der überarbeiteten Planung wurde ein mindestens 10,00 m breiter Streifen als Abstand zu den Gewässern in fast allen Bereichen eingehalten. Der Streifen zur Itter hin sollte allerdings zum Teil von Bepflanzung frei gehalten werden, da er dem Bergisch-Rheinischen Wasserverband zur Dammpflege dient. Da sich das Plangebiet in einem Außenbereich befindet, besteht zur Abwasserentsorgung die Möglichkeiten eine „wasserdichte Grube“ oder eine „Druckleitung“ zum öffentlichen Abwassernetz anzulegen. Dieses muss durch einen Anlagenfachplaner geprüft und durchgeführt werden. Im Bebauungsplan wurde festgesetzt, dass das Regenwasser versickert werden muss. Zudem sind alle Verkehrs- und Spielflächen in offenporigen Belagsarten auszuführen.

Untere Bodenschutzbehörde:

Der Kreis regt die Schonung des besonders schutzwürdigen Bodens an.

Da sich nach der Prüfung verschiedener Alternativflächen im Hildener Stadtgebiet herausstellte, dass diese für eine Baseballanlage z.B. aus Gründen des Lärmschutzes oder der zu hohen Erschließungskosten nicht nutzbar sind, wird nun die Fläche des Bebauungsplanes Nr. 253 überplant.

Es erfolgte auf Grund verschiedener Anregungen eine Verschiebung und Minimierung des Vereinsgebäudes und der Erschließungsflächen sowie der Wegfall der Tribüne, so dass der Versiegelungsgrad geringer wird. Das heißt, dass es im südlichen Bereich des Plangebietes keine festen Einbauten mehr gibt, sondern nur das zum größten Teil aus Rasenflächen bestehende Spielfeld. Die befestigten Teile des Spielfeldes bestehen aus versickerungsfähigem Material.

Die Anregungen zu den Boden schonenden Bautätigkeiten werden in die Hinweise zum Bebauungsplan Nr. 253 aufgenommen.

Untere Immissionsschutzbehörde:

Auf die Flutlichtanlage wird nun verzichtet und sie wird durch eine Festsetzung ausgeschlossen. Auch auf die Nutzung des Parkplatzes bei 3M kann verzichtet werden, da mit dem Wegfall der Tribüne auf dem Gelände keine Kapazitäten mehr für 400 – 500 Zuschauer vorhanden sind. Es wird höchstens noch mit 100 Zuschauern gerechnet. Die nachzuweisenden Stellplätze werden auf dem Gelände untergebracht.

Auf die Empfehlungen des Lärmgutachtens wird nun in den Hinweisen zum Bebauungsplan verwiesen. Zudem sind sie in den Umweltbericht zum Bebauungsplan aufgenommen worden.

Kreisgesundheitsamt:

Da es nach Aussage des Vereins zurzeit nicht mehr vorgesehen ist, einen Gastronomiebetrieb auf dem Gelände zu betreiben, wurde das Lärmgutachten dahingehend nicht überarbeitet. Sollte irgendwann doch seitens des Vereins Interesse an einem solchen Betrieb bestehen, wird eine erneute Untersuchung erfolgen. Da der Verkehrsknotenpunkt frühzeitig ausgebaut werden muss und ein erneuter Umbau zu kostspielig ist, wurde hier der Fall eines Gastronomiebetriebes mit betrachtet.

Textliche Festsetzungen auf Grundlage des Lärm- und Verkehrsgutachtens sind nicht notwendig, da die Untersuchungen den Maximalausbau der Anlage betrachtet hatten. Eine weitere Vergrößerung der Anlage ist nicht möglich, da dies die Größe des Plangebietes im Zusammenhang mit den getroffenen Festsetzungen nicht zulässt. In den Hinweisen zum Bebauungsplan wird nun auf die Empfehlungen des Lärm- und Verkehrsgutachters verwiesen.

Da der Bau einer Flutlichtanlage nicht mehr geplant bzw. sogar ausgeschlossen wird, sind hier keine Festsetzungen notwendig.

Der Kreis weist auf schädliche Wirkungen in der Nähe von Hochspannungsfreileitungen hin. Da die Sportanlage zum einen nur halbjährlich genutzt wird und zum anderen nur einige Stunden hintereinander, wird die Wirkung der Leitung auf den Einzelnen als geringfügig eingestuft.

Untere Landschaftsbehörde:

Es wird vom Kreis darauf hingewiesen, dass, sollten aus artenschutzrechtlicher Sicht Maßnahmen erforderlich sein, diese auch im Bebauungsplan festgesetzt werden müssen.

Da auf Grund der Gefährdung verschiedener Tierarten auf den Bau der Flutlichtanlage verzichtet wurde und zudem die Ballfangzäune auf eine Höhe von nur noch 4,00 m beschränkt werden, konnte das inzwischen erstellte und nach den neuesten Planungsgegebenheiten überarbeitete Faunistische Gutachten keine Schädigung von Tierarten feststellen, die unter Artenschutz stehen, solange die Empfehlungen des Gutachtens befolgt werden. Diese Empfehlungen (frühzeitige Ersatzpflanzung für den Bereich der Wallhecke, in den ein Eingriff erfolgt) werden in den Bebauungsplan eingearbeitet, in dem im Maßnahmenbereich eine Fläche für Wald und gleichzeitig für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft festgesetzt werden und die zeitliche Abfolge der Anpflanzung festgesetzt wird.

Durch die Änderung der Planung, die unter anderem auch den Wegfall der Flutlichtanlage beinhaltet, wurde der Landschaftspflegerische Fachbeitrag erneuert. Da der Eingriff verringert wurde, konnte nun eine vollständige Kompensation des Eingriffs erreicht werden.

Die Ablehnung des Beirates von 2008 wurde zur Kenntnis genommen und führte unter anderem zu der jetzt vorliegenden Alternativplanung. Die überarbeitete Planung vergrößert nun den freien Uferbereich zur Itter. Durch den Wegfall der Flutlichtanlage und der niedrigeren Ballfangzäune wird die Tierwelt (insbesondere Insekten und Fledermäuse) geschont. Die Versetzung und Verkleinerung des Vereinsheims verbessert das Landschaftsbild gegenüber der Vorplanung. Dies wird durch Anpflanzung entlang der Itter unterstützt.

2.2. Schreiben der Stadt Düsseldorf vom 06.11.2008

Es wird seitens der Stadt Düsseldorf die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch die geplante Sportanlage bemängelt, da sie auch im Düsseldorfer Stadtgebiet wahrnehmbar sei.

Um das Landschaftsbild zu schonen wurden die Detailplanung der Anlage und damit auch die Ausweisungen im parallel aufgestellten Bebauungsplan Nr. 253 modifiziert. Das Vereinsgebäude wurde in den nordöstlichen Bereich des Plangebietes verschoben und auf die Flutlichtanlage und die Tribüne wird verzichtet. Zudem soll nördlich längs der Itter ein Pflanzstreifen mit Bäumen und Feldgehölzen entstehen, um die Sportanlage mit der Gehölzpflanzung in das Landschaftsbild einzubinden.

Durch die Änderung der Planung, die unter anderem auch den Wegfall der Flutlichtanlage beinhaltet, wurde der Landschaftspflegerische Fachbeitrag erneuert. Da der Eingriff verringert wurde, konnte nun eine vollständige Kompensation des Eingriffs im Plangebiet erreicht werden.

Die verkehrsplanerischen Maßnahmen und der Erwerb von Flächen die im Eigentum der Stadt Düsseldorf sind, werden zu gegebener Zeit mit der Stadt Düsseldorf abgestimmt

2.3. Schreiben des BUND vom 10.11.2008

Der BUND verweist auf die negativen Auswirkungen der Flächennutzungsplanänderung und eine Bebauung und der Ziele bezüglich des Natur- und Landschaftsschutzes und sieht Defizite in der Untersuchung des Themas. Des Weiteren verweist er auf den Beschluss des Landschaftsbeirates.

Da das Planverfahren an sich dazu dient, die Planung zu untersuchen und zu bewerten, bzw. bewerten zu lassen, wurde inzwischen auf Grund verschiedener Anregungen die Detailplanung der Anlage überarbeitet. So wurde das geplante Gebäude nach Nordosten verschoben und verkleinert. Auf die Tribüne und die Flutlichtanlage wurde verzichtet und die Ballfangzäune wurden auf eine Höhe von 4,00 m minimiert. Der Abstand des Spielfeldes von dem Itterdamm beträgt in fast allen Bereichen 10,00 m. Der Eingriff in die im östlichen Plangebiet liegende Wallhecke wird durch die Neupflanzung von Gehölzen direkt neben der Wallhecke ausgeglichen. Der Eingriff in das Landschaftsbild und in den empfindlichen Bereich zwischen den Gewässern wird also minimiert. Durch den Verzicht auf die Flutlichtanlage wird die Fauna geschont.

Bezüglich der Einwände des Beirates und des ULAN-Ausschusses 1990/91 muss klar gestellt werden, dass auf der Fläche der heutigen Änderung ein Parkplatz geplant wurde, der auch bis jetzt als solcher im Flächennutzungsplan ausgewiesen ist. Es wird also planerisch auf Ebene des Flächennutzungsplanes keine Ackerfläche sondern ein Parkplatz in eine Grünfläche mit der Zweckbestimmung Sportplatz umgewandelt. Der weit größere Bereich der damaligen südlichen Planung der Therme wird voraussichtlich mit der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes in eine Fläche für die Landwirtschaft umgewandelt werden. Die Ablehnung des Beirates von 2008 wurde zur Kenntnis genommen und führte unter anderem zu der jetzt vorliegenden Alternativplanung. Die überarbeitete Planung vergrößert nun den freien Uferbereich zur Itter. Durch den Wegfall der Flutlichtanlage und der niedrigeren Ballfangzäune wird die Tierwelt (insbesondere Insekten und Fledermäuse) geschont. Die Versetzung und Verkleinerung des Vereinsheims verbessert das Landschaftsbild gegenüber der Vorplanung. Dies wird durch Anpflanzung entlang der Itter unterstützt.

Zu Pkt.1:

Die Untersuchung der natürlichen Gegebenheiten wird nach der Fertigstellung aller Gutachten (Insekten, Fauna, Landschaftspflegerischer Fachbeitrag) als ausreichend und umfangreich erachtet und bewirkten eine Änderung der Planung.

Zu Pkt.2:

Der Punkt 5.6 wird in der Begründung zum Bebauungsplan parallel zur Flächennutzungsplanbegründung hinsichtlich der Umplanung ergänzt. Die angesprochene Lärmproblematik hatte in den anderen untersuchten Bereichen in Hilden insofern eine andere Qualität, dass dort die rechtlich tolerierten Lärmpegel überschritten wurden. Das ist in dem Plangebiet deutlich nicht der Fall, wie das Gutachten herausfand. Da die möglichen Zuschauerplätze mit der Umplanung deutlich reduziert wurden, wird der Lärm noch weiter reduziert.

Zu Pkt.3:

Die Anlage in Düsseldorf, auf die verwiesen wurde, ist laut der Hilden-Wains nicht ausreichend für den normalen Ligabetrieb sowie für den Trainingsbetrieb von mehreren Vereinen. Sollten die Hilden-Wains nicht bis zur nächsten Saison einen festen Platz für die Ligaspiele nachweisen, können sie als Mannschaft nicht mehr in der Liga spielen.

Zu Pkt.4:

Inzwischen liegen alle notwendigen Unterlagen vor und sind schon seit einigen Monaten im Internet oder im Rathaus einsehbar. Soweit sie nicht durch die Umplanungen ganz aktuell sind. Alle Unterlagen werden während der Offenlage einsehbar sein.

Laut der artenschutzrechtlichen Prüfung durch einen Diplomökologen wird die Ackerfläche durch ihre zurzeit intensive Nutzung nicht als besonders relevant als Jagdhabitat für die verschiedenen Tierarten gesehen.

Durch die bereits beschriebenen Änderungen der Planung wird das Gefährdungspotential für die Fauna wesentlich herunter gesetzt. Auch die am stärksten betroffene Wasserfledermaus wird durch den nur noch 4,00 m hohen Zaun mit dahinter liegender Abpflanzung durch Gehölze weniger gefährdet. Für den Erhalt der Zwergfledermaus werden Ersatzpflanzungen für die Einschnitte in die Wallhecke im Bebauungsplan festgesetzt, so dass die Hecke funktionell erhalten bleibt. Durch den Wegfall der Flutlichtanlage ist eine Gefährdung von Insekten nur noch geringfügig, da sie nicht mehr an die Lichtquelle fliegen und dort als Nahrungsquelle für andere Tierarten dienen.

Zu Pkt.5:

Die Begründung wird zum Offenlagebeschluss um die noch offenen Bereiche ergänzt, da nun alle notwendigen Gutachten vorliegen.

Zu Pkt.6:

Bezüglich der Kompensation haben sich durch die Änderungen des Projektes auch Änderungen in der Berechnung ergeben. Da der Eingriff verringert wurde und einige Flächen ökologisch aufgewertet werden (gem. des Landschaftspflegerischen Begleitplanes), ist im Plangebiet kein Defizit zu verzeichnen. Der Eingriff in die Wallhecke wird durch eine Aufforstung im Plangebiet gesondert kompensiert.

- 2.4 Schreiben des Bergisch-Rheinischen Wasserverbandes vom 06.11.2008 und 16.12.2008
Zu Pkt.1: Das Thema Geruchsbelästigung ist nicht Thema des Bebauungsplanverfahrens, da die ausgewiesene „Grünfläche“ keinen Schutzanspruch hat.
Zu Pkt. 2 und 3: Da durch den Wegfall der Tribüne auch nicht mehr die hohen Zuschauerzahlen erwartet werden, wird der Parkplatz von 3M nicht mehr benötigt und das Gelände komplett von der Zufahrtsstraße erschlossen.
Zu Pkt. 4 und 5 bzw. Schreiben vom 16.12.2009: Es wird nun im Bebauungsplan ein 10,00 m breiter Streifen längs des Itterdeiches von Überbauung und Bepflanzung frei gehalten. In dem vom BRW angegebenen Überschwemmungsbereich, der auch in die Planung eingetragen wurde, ist lediglich das Spielfeld untergebracht und keine festen Einbauten. Sollte die Fläche überschwemmt werden, wird die Wiederherstellung des Spielfeldes durch den Verein erfolgen und finanziert.
Bezüglich der vertraglichen Regelung zur Ersatzaufforstung der Wallhecke sowie des notwendigen Flächenerwerbs durch die Stadt Hilden (ca. 1063 m²), wird die Stadt den BRW gesondert anschreiben.
- 2.5 Schreiben des Landesbetriebes Straßen.NRW. vom 29.10.2008
Alle verlangten Unterlagen wurden nach Erhalt des Schreibens zugesandt. Die genaue Ausführung der Zufahrtsstraße sowie die Notwendigkeit und evtl. Durchführung eines Sicherheitsaudits sind Bestandteil der Ausführungsplanung und nicht des Bebauungsplanverfahrens. Die Ausführung wird natürlich mit dem Landesbetrieb Straßen.NRW. abgestimmt.
- 2.6 Schreiben der Rheinbahn AG vom 11.11.2008
Auf Grund einer veränderten Planung wird von einer verminderten Zuschauerzahl (ca. 100) ausgegangen, so dass für die Neueinrichtung einer Bushaltestelle keine Notwendigkeit mehr gesehen wird. Zudem soll bei großen Sonderveranstaltungen vom Verein ein Busshuttle zur Verfügung gestellt werden. Die Bushaltestelle „Brockenstraße“ auf Düsseldorfer Stadtgebiet, die von der Linie 784 angefahren wird, ist nur ca. 650 m Gehwegentfernung von der Anlage entfernt.
- 2.7 Schreiben von Infracor vom 28.10.2008
Die Leitung mit ihren Schutzstreifen ist in dem Bebauungsplan dargestellt. In einem Hinweis im Bebauungsplan wird darauf verwiesen, dass im Bereich der Leitungen und ihrer Schutzstreifen alle, auch genehmigungsfreie, bauliche Maßnahmen mit dem Leitungsträger

abzustimmen sind. Zudem wurde das Verbot von Anpflanzungen innerhalb der Schutzstreifen textlich festgesetzt.

2.8 Schreiben der Rhein-Main-Rohrleitungstransport GmbH vom 10.11.2008

Die Leitung mit ihren Schutzstreifen ist in dem Bebauungsplan dargestellt. In einem Hinweis im Bebauungsplan wird darauf verwiesen, dass im Bereich der Leitungen und ihrer Schutzstreifen alle, auch genehmigungsfreie, bauliche Maßnahmen mit dem Leitungsträger abzustimmen sind. Zudem wurde das Verbot von Anpflanzungen innerhalb der Schutzstreifen textlich festgesetzt.

2.9 Schreiben der RWE Netzservice GmbH vom 05.11.2008

Die Leitungstrasse ist im Bebauungsplan eingetragen. Durch die Festsetzungen im Bebauungsplan ist es lediglich möglich, genehmigungsfreie Nebenanlagen im Zusammenhang mit der Sportanlage zu errichten. In einem gesonderten Hinweis im Bebauungsplan wird darauf verwiesen, dass im Bereich der Leitungen und ihrer Schutzstreifen alle, auch genehmigungsfreie, bauliche Maßnahmen mit dem Leitungsträger abzustimmen sind.

2.10 Schreiben der WINGAS GmbH vom 07.11.2008

Die Leitung mit ihren Schutzstreifen ist in dem Bebauungsplan dargestellt. In einem Hinweis im Bebauungsplan wird darauf verwiesen, dass im Bereich der Leitungen und ihrer Schutzstreifen alle, auch genehmigungsfreie, bauliche Maßnahmen mit dem Leitungsträger abzustimmen sind. Zudem wurde das Verbot von Anpflanzungen innerhalb der Schutzstreifen textlich festgesetzt.

3. Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss die öffentliche Auslegung der 45. Flächennutzungsplanänderung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 24. Dezember 2008 (BGBl. I S. 3018).

Das Plangebiet liegt im Westen der Stadt Hilden zwischen der Düsseldorfer Straße, der Horster Allee, dem Itterbach und der Stadtgrenze zu Düsseldorf. Es umfasst das Flurstück 335 und den westlichen Bereich des Flurstückes 369 in Flur 16 der Gemarkung Hilden.

Dem Offenlagebeschluss liegt die Entwurfsbegründung mit Stand vom 25.05.2009 zugrunde.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

CDU-Fraktion:	14 Ja
SPD-Fraktion:	16 Ja
BA-Fraktion:	4 Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	3 Nein
FDP-Fraktion:	3 Ja
dUH-Fraktion:	3 Nein
Bürgermeister	Ja

- 4.6 45. Änderung des Flächennutzungsplans für einen Bereich zwischen Düsseldorfer Str./ Horster Allee/ Itterbach/ Stadtgrenze; Änderung des Aufstellungsbeschlusses
Abhandlung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung
Offenlagebeschluss
-

WP 04-09 SV 61/292

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die Änderung des Aufstellungsbeschlusses der 45. Flächennutzungsplanänderung vom 17.10.2007 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 24. Dezember 2008 (BGBl. I S. 3018) mit einem nach Westen erweiterten Plangebiet.

Das Plangebiet liegt im Westen der Stadt Hilden zwischen der Düsseldorfer Straße, der Horster Allee, dem Itterbach und der Stadtgrenze zu Düsseldorf. Es umfasst das Flurstück 335 und den westlichen Bereich des Flurstückes 369 in Flur 16 der Gemarkung Hilden.

2. Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss die Abhandlung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung:

2.1 Schreiben der Kreisverwaltung Mettmann vom 06.11.2008

Untere Bodenschutzbehörde:

Der Kreis regt die Schonung des besonders schutzwürdigen Bodens an.

Da sich nach der Prüfung verschiedener Alternativflächen im Hildener Stadtgebiet herausstellte, dass diese für eine Baseballanlage z.B. aus Gründen des Lärmschutzes oder der zu hohen Erschließungskosten nicht nutzbar sind, wird nun die Fläche der 45. Änderung überplant.

Es erfolgte auf Grund verschiedener Anregungen eine Verschiebung und Minimierung des Vereinsgebäudes und der Erschließungsflächen sowie der Wegfall der Tribüne, so dass der Versiegelungsgrad geringer wird. Das heißt, dass es im südlichen Bereich des Plangebietes keine festen Einbauten mehr gibt, sondern nur das zum größten Teil aus Rasenflächen bestehende Spielfeld. Die befestigten Teile des Spielfeldes bestehen aus versickerungsfähigem Material. Hinweise zu den Boden schonenden Bautätigkeiten werden in die Festsetzungen zum parallel aufgestellten Bebauungsplan Nr. 253 einfließen.

Kreisgesundheitsamt:

Der Kreis weist auf schädliche Wirkungen in der Nähe von Hochspannungsfreileitungen hin.

Da die Sportanlage zum einen nur halbjährlich genutzt wird und zum anderen nur einige Stunden hintereinander, wird die Wirkung der Leitung auf den Einzelnen als geringfügig eingestuft.

Untere Landschaftsbehörde:

Es wird vom Kreis darauf hingewiesen, dass, sollten aus artenschutzrechtlicher Sicht Maßnahmen erforderlich sein, diese auch im Flächennutzungsplan dargestellt werden müssen. Da auf Grund der Gefährdung verschiedener Tierarten auf den Bau der Flutlichtanlage verzichtet wurde und zudem die Ballfangzäune auf eine Höhe von nur noch 4,00 m beschränkt werden, konnte das inzwischen erstellte und nach den neuesten Planungsgegebenheiten überarbeitete Faunistische Gutachten keine Schädigung von Tierarten feststellen, die unter Artenschutz stehen, solange die Empfehlungen des Gutachtens befolgt werden. Diese Empfehlungen werden in den Bebauungsplan Nr. 253 eingearbeitet. Auf Ebene des Flächennutzungsplanes wird für den Maßnahmenbereich eine Fläche für Wald und gleichzeitig für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft dargestellt.

2.2. Schreiben der Stadt Düsseldorf vom 06.11.2008

Es wird seitens der Stadt Düsseldorf die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch die geplante Sportanlage bemängelt, da sie auch im Düsseldorfer Stadtgebiet wahrnehmbar sei. Um das Landschaftsbild zu schonen wurden die Detailplanung der Anlage und damit auch die Ausweisungen im parallel aufgestellten Bebauungsplan Nr. 253 modifiziert. Das Vereinsgebäude wurde in den nordöstlichen Bereich des Plangebietes verschoben und auf die Flutlichtanlage und die Tribüne wird verzichtet. Zudem soll nördlich längs der Itter ein Pflanzstreifen mit Bäumen und Feldgehölzen entstehen, um den Blick auf die Anlage einzuschränken.

2.3. Schreiben des BUND vom 10.11.2008

Der BUND verweist auf die negativen Auswirkungen der Flächennutzungsplanänderung und seiner Ziele bezüglich des Natur- und Landschaftsschutzes und sieht Defizite in der Untersuchung des Themas. Des Weiteren verweist er auf den Beschluss des Landschaftsbeirates bezüglich der Flächennutzungsplanänderung.

Da das Planverfahren an sich dazu dient, die Planung zu untersuchen und zu bewerten, bzw. bewerten zu lassen, wurde inzwischen auf Grund verschiedener Anregungen die Detailplanung der Anlage überarbeitet. So wurde das geplante Gebäude nach Nordosten verschoben und verkleinert. Auf die Tribüne und die Flutlichtanlage wurde verzichtet und die Ballfangzäune wurden auf eine Höhe von 4,00 m minimiert. Der Abstand des Spielfeldes von dem Itterdamm beträgt in fast allen Bereichen 10,00 m. Der Eingriff in die im östlichen Plangebiet liegende Wallhecke wird durch die Neupflanzung von Gehölzen direkt neben die Wallhecke ausgeglichen. Der Eingriff in das Landschaftsbild und in den empfindlichen Bereich zwischen den Gewässern wird also minimiert. Durch den Verzicht auf die Flutlichtanlage wird die Fauna geschont.

Bezüglich der Einwände des Beirates und des ULAN-Ausschusses 1990/91 muss klar gestellt werden, dass auf der Fläche der heutigen Änderung ein Parkplatz geplant wurde, der auch bis jetzt als solcher im Flächennutzungsplan ausgewiesen ist. Es wird also planerisch keine Ackerfläche sondern ein Parkplatz in eine Grünfläche mit der Zweckbestimmung Sportplatz umgewandelt. Der weit größere Bereich der damaligen südlichen Planung der Therme wird voraussichtlich mit der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes in eine Fläche für die Landwirtschaft umgewandelt werden.

Die Ablehnung des Beirates von 2008 wurde zur Kenntnis genommen und führte unter anderem zu der jetzt vorliegenden Alternativplanung. Die überarbeitete Planung vergrößert nun den freien Uferbereich zur Itter. Durch den Wegfall der Flutlichtanlage und der niedrigeren Ballfangzäune wird die Tierwelt (insbesondere Insekten und Fledermäuse) geschont. Die Versetzung und Verkleinerung des Vereinsheims verbessert das Landschaftsbild gegenüber der Vorplanung. Dies wird durch Anpflanzung entlang der Itter unterstützt.

Zu Pkt.1:

Die Untersuchung der natürlichen Gegebenheiten wird nach der Fertigstellung aller Gutachten (Insekten, Fauna, Landschaftspflegerischer Fachbeitrag) als ausreichend und umfangreich erachtet und bewirkten eine Änderung der Planung.

Zu Pkt.2:

Der Punkt 7.6 wird in der Begründung hinsichtlich der Umplanung ergänzt. Die angesprochene Lärmproblematik hatte in den anderen untersuchten Bereichen in Hilden insofern eine andere Qualität, dass dort die rechtlich tolerierten Lärmpegel überschritten wurden. Das ist in dem Plangebiet deutlich nicht der Fall, wie das Gutachten herausfand. Da die möglichen Zuschauerplätze mit der Umplanung deutlich reduziert wurden, wird der Lärm noch weiter reduziert.

Zu Pkt.3:

Die Anlage in Düsseldorf, auf die verwiesen wurde, ist laut der Hilden-Wains nicht ausreichend für den normalen Ligabetrieb sowie für den Trainingsbetrieb von mehreren Vereinen. Sollten die Hilden-Wains nicht bis zur nächsten Saison einen festen Platz für die Ligaspiele nachweisen, können sie als Mannschaft nicht mehr in der Liga spielen.

Zu Pkt.4:

Inzwischen liegen alle notwendigen Unterlagen vor und sind schon seit einigen Monaten im Internet oder im Rathaus einsehbar. Soweit sie nicht durch die Umplanungen ganz aktuell sind. Alle Unterlagen werden während der Offenlage einsehbar sein.

Laut der artenschutzrechtlichen Prüfung durch einen Diplomökologen wird die Ackerfläche durch ihre zurzeit intensive Nutzung nicht als besonders relevant als Jagdhabitat für die verschiedenen Tierarten gesehen.

Durch die bereits beschriebenen Änderungen der Planung wird das Gefährdungspotential für die Fauna wesentlich herunter gesetzt. Auch die am stärksten betroffene Wasserfledermaus wird durch den nur noch 4,00 m hohen Zaun mit dahinter liegender Abpflanzung durch Gehölze weniger gefährdet. Für die Zwergfledermaus werden Ersatzpflanzungen für die Einschnitte in die Wallhecke im Bebauungsplan Nr. 253 festgesetzt, so dass die Hecke funktionell erhalten bleibt. Durch den Wegfall der Flutlichtanlage ist eine Gefährdung von Insekten nur noch geringfügig, da sie nicht mehr an die Lichtquelle fliegen und dort als Nahrungsquelle für andere Tierarten dienen.

Zu Pkt.5:

Die Begründung wird zum Offenlagebeschluss um die noch offenen Bereiche ergänzt, da nun alle notwendigen Gutachten vorliegen.

Zu Pkt.6:

Bezüglich der Kompensation haben sich durch die Änderungen des Projektes auch Änderungen in der Berechnung ergeben. Da der Eingriff verringert wurde und einige Flächen ökologisch aufgewertet werden (gem. des Landschaftspflegerischen Begleitplanes), ist im Plangebiet kein Defizit zu verzeichnen. Der Eingriff in die Wallhecke wird durch eine Aufforstung im Plangebiet gesondert kompensiert.

2.4 Schreiben von Infracor vom 28.10.2008

Die Leitung mit ihren Schutzstreifen wird in der Flächennutzungsplanänderung nun dargestellt.

2.5 Schreiben der Rhein-Main-Rohrleitungstransport GmbH vom 10.11.2008

Die Leitung mit ihren Schutzstreifen wird in der Flächennutzungsplanänderung nun dargestellt.

3. Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss die öffentliche Auslegung der 45. Flächennutzungsplanänderung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 24. Dezember 2008 (BGBl. I S. 3018).

Das Plangebiet liegt im Westen der Stadt Hilden zwischen der Düsseldorfer Straße, der Horster Allee, dem Itterbach und der Stadtgrenze zu Düsseldorf. Es umfasst das Flurstück 335 und den westlichen Bereich des Flurstückes 369 in Flur 16 der Gemarkung Hilden.

Dem Offenlagebeschluss liegt die Entwurfsbegründung mit Stand vom 25.05.2009 zugrunde.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

CDU-Fraktion:	14 Ja
SPD-Fraktion:	16 Ja
BA-Fraktion:	4 Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	3 Nein
FDP-Fraktion:	3 Ja
dUH-Fraktion:	3 Nein
Bürgermeister	Ja

- 4.7 50. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Werner Egk-Straße/ Schumannstraße (Friedenskirche) WP 04-09 SV 61/285
Abhandlung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung
Offenlagebeschluss
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss:

1. die Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung wie folgt abzuhandeln:

1.1 Schreiben des BUND vom 30.04.2009

Die Evangelische Kirchengemeinde Hilden beabsichtigt, die nicht mehr für kirchliche Zwecke und soziale Zwecke benötigten Grundstücke östlich der Friedenskirche an der Werner-Egk-Straße / Schumannstraße zu entwickeln und einer neuen Nutzung zuzuführen. Durch die Planung soll eine wohnbauliche Entwicklung des östlichen Teilbereiches des Plangebietes ermöglicht werden. Das Umfeld des Plangebietes ist bereits im Wesentlichen durch Wohnnutzungen geprägt. Geplant ist eine Ergänzung der vorhandenen Wohnbebauung an der Werner-Egk-Straße durch Einfamilienhäuser sowie die Errichtung eines Wohngebäudes für Seniorenwohnen im Übergang zum Gemeindezentrum Friedenskirche. Planungsintention ist, insbesondere zwischen dem Gemeindezentrum und der neuen Wohnbebauung Verbindungen zu schaffen und Synergien zu knüpfen.

Da der Bedarf an Gemeinbedarfsflächen in dem bisherigen Flächenausmaß am Standort nicht mehr gegeben ist, soll im östlichen Teilbereich eine Wohnnutzung ermöglicht werden. Ferner benötigt die Evangelische Kirchengemeinde die durch den Verkauf von Grundstücksflächen entstehenden Einnahmen für eine Sanierung und Modernisierung des Gemeindezentrums. Anderweitige finanzielle Mittel stehen der Kirchengemeinde hierfür nicht zur Verfügung. Somit stärkt die Planung die bestehenden Gemeinbedarfseinrichtungen und sichert diese langfristig am Standort.

Die Aussage, dass in Zukunft durch die demografische Entwicklung immer mehr Gemeinbedarfsflächen benötigt werden, wird nicht geteilt. Durch die demografische Entwicklung sind jedoch entsprechende anderweitige Anforderungen an die Stadtplanung gegeben. So wird durch die vorliegende Planung eine Wohnbaufläche auf Ebene des Flächennutzungsplanes vorbereitet, in dem altengerechtes Wohnen geplant ist. Planungsintention ist, für junge Familien, aber auch Senioren entsprechenden Wohnraum vorzuhalten und hier ein generationenübergreifendes Wohnen anzubieten. Folglich wird den Anregungen nicht gefolgt.

1.2 Schreiben des Kreises Mettmann vom 28.04.2009

Das Schreiben des Kreises Mettmann wird, soweit es sich auf die 50. Änderung des Flächennutzungsplanes bezieht, zur Kenntnis genommen.

1.3 Das Protokoll der Bürgeranhörung vom 02.04.2009 wird zur Kenntnis genommen und in die Abwägung einbezogen.

2. die öffentliche Auslegung der 50. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie die Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange bei der Aufstellung von Bauleitplänen gem. § 4 Abs. 2 i. V. m. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)

vom 27.12.2006 (BGBl. I S. 3316) in der zur Zeit gültigen Fassung.

Das Plangebiet liegt im Hildener Norden und wird begrenzt im Norden durch die rückwärtigen Grundstücke der Wohnbebauung an der Händelstraße, im Westen durch den Molzhausweg, im Süden durch die Schumannstraße sowie im Osten durch die Werner-Egk-Straße. Davon betroffen ist das Flurstück 1578 der Flur 8 der Gemarkung Hilden.

Mit der Planänderung soll zum einen eine Fläche für den Gemeinbedarf in eine Wohnbaufläche umgewandelt werden, zum anderen die Zweckbestimmung einer Fläche für den Gemeinbedarf ergänzt werden.

Dem Offenlagebeschluss liegt die Entwurfsbegründung vom 05.05.2009 zugrunde.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Rm. Urban/CDU betonte, dass ihre Fraktion nach wie vor eine Umgestaltung des Nove-Mesto-Platzes für unerlässlich halte. Seitdem aber gestern durch den Kämmerer bekannt wurde, dass bei den Gewerbesteuerzahlungen ein massiver Einbruch zu erwarten sei, halte ihre Fraktion die jetzigen Planungen für nicht mehr haltbar. Die ermittelten Kosten von 2,1 Mio. für den Umbau und 120.000 Euro jährliche zusätzliche Belastung seien nur über eine Fremdfinanzierung möglich, dies wollten sie hier aber vermeiden. Hinsichtlich der Mittel aus dem Konjunkturpaket 2 betonte sie, dass die in der Sitzungsvorlage vorgetragene Projekte für ihre Fraktion Priorität hätten. Ihre Fraktion bittet daher die Verwaltung, eine abgespeckte Version vorzulegen.

Rm. Horzella gab für die dUH-Fraktion folgende Ausführungen zu Protokoll:

- *die dUH beantragt Rückverweisung des gesamten Vorgangs an den StEA.*
- *Die § 14 Unterlagen sollen komplett überarbeitet werden, mit dem Ziel, eine wesentlich geringere Endsumme für das Projekt zu erreichen.*
- *Es sollen verzichtbare Elemente klar herausgestellt und Alternativen angeboten werden.*
- *Wir glauben nicht, dass die vom RPA auf Seite -4- der SV 66/166 angesprochenen Kommunikationsfehler die einzigen Fehler sind. Der Gesamtvorgang ist auf Fehlerhaftigkeit zu prüfen.*
- *Darüber hinaus werden die heute vorliegenden Unterlagen dem gesetzten Ziel eines zusätzlichen Festplatzes zur Entlastung des „Alten Marktes“ nicht gerecht.*
- *Wir sehen bei der vorgesehenen Ausführung direkte Klageansätze, z.B. durch Lärmbelästigung, Verletzung von Anwohnerrechten usw..*
- *Ob der Lärm, wie von der Verwaltung auf Seite 7 (SV IV/61-221, StEA 11.06.2009) dargestellt, als „sozial adäquat“ eingestuft werden kann, werden wohl die Gerichte entscheiden.*
- *Für den Gesamtkomplex ist ein Normenkontrollverfahren angestrebt, dass sich gegen beachtliche Form- und Verfahrensfehler und gegen Verstöße des planerischen Abwägungsgebotes richtet.*
- *Kurzum, es wird länger dauern bis mit der Platzherstellung begonnen werden kann. Die Bezugsfertigstellung der Sparkasse zum 01.01.2011 ist fast ausgeschlossen. Darum kann die Vorlage nochmals in aller Ruhe im StEA behandelt werden.*

- U.E. ist die Vorlage auch sonst nicht beschlussreif. So wird zwar auf die Vorlage im StEA am 11.06.2009 hingewiesen, die Anlage 4, als Bestandteil des Durchführungsvertrages fehlt aber sowohl im StEA 11.6., als auch heute im Rat.
- Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Auch im Hinblick darauf, dass durch den Baustopp kein Zeitdruck vorhanden sei, bat Rm. Alkenings/SPD darum, für die nächste Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses eine Sitzungsvorlage dem Ausschuss vorzulegen mit verschiedenen Ausbau- und Ausstattungsvarianten in einer Form, so dass der Ausschuss in die Lage versetzt wird, einzelne Posten zu streichen.

Nach kurzer Diskussion erklärte sich der Rat mit dem Vorschlag von 1. Beigeordneten Thiele einverstanden, eine überarbeitete Sitzungsvorlage nach der Kommunalwahl dem neuen Rat zur Entscheidung vorzulegen.

5 Angelegenheiten des Jugendhilfeausschusses

5.1	Satzung der Stadt Hilden über die Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder - Änderung der Elternbeitragstabelle (Anlage zu § 5 der Satzung)-	WP 04-09 SV 51/415
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss die Änderung der „Satzung der Stadt Hilden über die Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder im Stadtgebiet Hilden“ (hier: Anlage zu § 5 der Satzung - Elternbeitragstabelle) in der als Anlage beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

5.2	Kindertagespflege
a) Änderung der Richtlinien zur Ausgestaltung der Kindertagespflege gem. §§ 22 ff SGB VIII
b) Satzung der Stadt Hilden über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in der Kindertagespflege im Stadtgebiet Hilden | WP 04-09 SV 51/435 |
|-----|---|--------------------|
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss die Richtlinien zur Ausgestaltung der Kindertagespflege sowie die Satzung der Stadt Hilden über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege im Stadtgebiet Hilden in der als Anlage beigefügten Fassung und stellt die Haushaltsmittel überplanmäßig zur Verfügung. Die Richtlinien und die Satzung treten zum 01.08.2009 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

6 Angelegenheiten des Schul-, Sport- und Sozialausschusses

- 6.1 Offene Ganztagsgrundschule WP 04-09 SV 51/427
Änderung der Satzung der Stadt Hilden über die Teilnahme sowie die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der "Offenen Ganztagsgrundschule", in der "Verlässlichen Grundschule 8-1" sowie bei "Silentien" im Primarbereich
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule, Sport und Soziales die Änderung der ,Satzung der Stadt Hilden über die Teilnahme sowie die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der Offenen Ganztagsgrundschule, in der Verlässlichen Grundschule 8-1 sowie bei Silentien im Primarbereich' in der als Anlage beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

- 6.2 Vertragsänderung SchokoTicket WP 04-09 SV 51/428
-

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule, Sport und Soziales wie folgt:

- (1) Der Eigenanteil gemäß § 97 (3) Schulgesetz NRW wird ab 01.08.2009 wie folgt neu festgesetzt:
 - 11,20 € für den/die erste/n anspruchsberechtigte/n Schüler/in sowie alle volljährigen Schüler/innen
 - 6,00 € für das 2. anspruchsberechtigte Kind

- (2) Zwischen der Stadt Hilden und der Rheinischen Bahngesellschaft AG sowie dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr GmbH wird zu dem am 15.08.2002 abgeschlossenen Vertrag folgender Nachtrag vereinbart:

§ 1

§ 3 Abs. 1 wird zum 01.08.2009 wie folgt geändert:

In den Sätzen 1,2 und 3 wird der Betrag von 10,80 € durch 11,20 € ersetzt und von 6,00 € bleibt unverändert.

§ 2

Zu diesem Vertragsnachtrag sind keine Nebenabreden erfolgt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6.3 Ganztagsoffensive
"1000-Schulen-Programm"
- neue Planung für die Mensa der Theodor-Heuss-Schule -

WP 04-09 SV 51/436

Nach kurzer Diskussion einigte sich der Rat darauf, in den Beschlussvorschlag eine Deckung der Kosten des Umbaus dergestalt vorzunehmen, dass die Maßnahme nicht mehr als die ermittelte Kostenschätzung zuzüglich 5 % für die Projektsicherung und die Finanzierung überschreiten dürfen.

Beschlussvorschlag (mit Ergänzung):

Der Rat der Stadt beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule, Sport und Soziales der Neuplanung der Mensa an der Theodor-Heuss-Schule grundsätzlich zuzustimmen, *mit der Maßgabe, dass die Kosten die der SV beigefügte Kostenschätzung zzgl. 5% für die Zwischenfinanzierung und der Projektsteuerung überschreiten dürfen.* Mit der Abwicklung der Maßnahme wird die IGH - Infrastrukturgesellschaft Hilden beauftragt. Die Gesellschaft wird die konkrete Ausführungsplanung und Kostenberechnungen einschließlich der notwendigen Fachplanungen durchführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6.4 Bau einer Fotovoltaik-Anlage auf der Grundschule Kalstert
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -

WP 04-09 SV 26/108

Diese Sitzungsvorlage war zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt worden.

6.5 Überarbeitetes Schul- und Sportgebäudeunterhaltungsprogramm
2009-2011ff

WP 04-09 SV 26/106

Rm. Weinrich/BA erklärte, den Antrag seiner Fraktion, diese Sitzungsvorlage auf die heutige Sitzung des Rates zu setzen damit, dass die darin enthaltenen Maßnahmen im Hinblick auf die Mittelverwendung des Konjunkturpaketes 2 im Zweifel präsent sein sollten.

7 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten

7.1 Kolpinghaus

WP 04-09 SV IV/001

Dieser Tagesordnungspunkt war zu Beginn der Sitzung vorgezogen worden vor die Beratungen über die Mittelverwendung des Konjunkturpaketes 2, da die Entscheidung zum Ankauf des Kolpinghauses Auswirkungen auf die Mittelverwendung hat.

Vorab teilte Stadtkämmerer Klausgrete mit, dass die vom Bund vorgesehene Änderung des Grundgesetzes nun vollzogen ist und der Vorbehalt, dass der Beschluss nur vollzogen wird, wenn durch die Grundgesetzänderung Mittel des Konjunkturpaketes für die Maßnahme verwendet werden dürfen, hinfällig sei (Ziffer 5 des Beschlussvorschlages).

Die Fraktionen begrüßten einhellig die Bereitschaft des Kolpingvereines, das Gebäude zu veräußern, da sie den Erwerb des Gebäudes als bessere Lösung gegenüber der Anmietung im Rahmen eines Erbpachtvertrages betrachten.

Rm. Eisen/CDU bat darüber hinaus, weitere Einsparpotenziale zu prüfen, beispielsweise durch zusätzliche Mieter oder zusätzliche Maßnahmen oder die Möglichkeit, weitere KFW-Mittel in Anspruch nehmen zu können.

Auf Anregung von Rm. Horzella bat der Rat darum, im Beschlussvorschlag keine konkreten Zahlen hinsichtlich der Miethöhe auf Dauer festzuschreiben.

Beschlussvorschlag (mit Änderungen):

1. Der Rat der Stadt ermächtigt die Infrastrukturentwicklungsgesellschaft, das Gebäude Kirchhofstr. 18 (Kolpinghaus) zum Preis von 400.000,-- € anzukaufen.
2. Die Infrastrukturgesellschaft wird berechtigt, das Gebäude entsprechend den vorliegenden Plänen für den Sozialdienst Katholischer Frauen und Männer sowie die Tafel und Kleiderkammer umzubauen und einen langfristigen Mietvertrag abzuschließen. Der ehemalige Bereich der Gaststätte wird an den spanischen oder portugiesischen Verein je nach Losentscheid *zu einem noch zu ermittelnden Mietpreis* vermietet.
3. Dem unterlegenen Verein wird angeboten, die Räumlichkeiten im 2. OG für *einen noch zu ermittelnden Mietpreis* anzumieten.
4. Gesamtkosten der Maßnahme werden auf 1.280.000 € begrenzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Dieser Tagesordnungspunkt war zu Beginn der Sitzung in der Beratungsfolge mit der Beschlussfassung zum Kolpinghaus getauscht worden.

Bürgermeister Scheib verwies darauf, dass auch hier durch die mittlerweile erfolgte Änderung des Grundgesetzes der im Beschlussvorschlag enthaltene Vorbehalt (Buchstabe f des Beschlussvorschlages) entfallen könne.

Rm. Horzella/dUH beantragte, den Zuschussantrag des Erzbistums Köln zum Austausch der Heizungsanlage in der Theresienschule (Ziffer 1.7 des Beschlussvorschlages) abzulehnen, da die Katholische Kirchengemeinde St. Jacobus bereits mit der Sanierung der Kindertagesstätte St. Christopherus (Ziffer 1.9 des Beschlussvorschlages) mit einem ansehnlichen Betrag bedacht werden solle. Er sähe hier eine Ungleichbehandlung gegenüber der Evangelischen Kirche, die mit ihrem Antrag zur energetischen Sanierung der Dachbedeckung der Mensa am Evangelischen Schulzentrum bezuschusst werden soll. Darüber hinaus verwies er auch auf einen Rechenfehler im Antrag des Erzbistums insofern, als die Mehrwertsteuer zweimal hinzugerechnet wurde.

Stadtkämmerer Klausgrete gab zu bedenken, dass die Herausnahme des Projektes im Hinblick auf die gesetzlich geforderte Trägerneutralität problematisch sein könnte.

Unter Hinweis darauf, dass seine Fraktion nach wie vor gegen den Neubau einer Dreifachsporthalle sei, beantragte Rm. Weinrich/BA die Herausnahme der Maßnahmen 2.1 und stattdessen Maßnahmen der energetischen Gebäudeunterhaltung entsprechend der Sitzungsvorlage 26/110 (Seite 9 der Sitzungsvorlage) vorzuziehen.

In dem Zusammenhang erinnerte Bürgermeister Scheib daran, dass der Haupt- und Finanzausschuss die Verwaltung beauftragte hatte, nicht ausschließlich den Neubau einer Dreifachsporthalle zu betreiben, sondern über Alternativen, beispielsweise auch eine Zweifachsporthalle in Betracht zu ziehen. Insofern müsste es korrekterweise unter Ziffer 2.1 heißen „Neubau einer Sporthalle....“.

Einigkeit herrschte bei den Fraktionen, dass Gelder, die für den Bau der Sporthalle reserviert, aber nicht benötigt werden, dann in Maßnahmen der energetischen Sanierung entsprechend der Auflistung auf Seite 9 der Sitzungsvorlage fließen sollen.

Nach ausführlicher Aussprache ließ Bürgermeister Scheib über den Beschlussvorschlag im Einzelnen abstimmen:

Buchstaben a bis c: einstimmig ja

Buchstabe d:

Antrag BA (anstelle des Neubaus einer Dreifachsporthalle Maßnahmen der energetischen Sanierung entsprechend der Auflistung auf Seite 9 des Beschlussvorschlages zu fördern:

7 Ja (Fraktionen BA und FDP)

Alternativ - Neubau einer Sporthalle:

37 Ja (übrige Fraktionen)

Maßnahme 1.2: einstimmig Ja

Maßnahme 1.4: einstimmig Ja

Maßnahme 1.6: einstimmig Ja

Maßnahme 1.7 (Antrag der Fraktion dUH, die Maßnahme nicht zu fördern):

3 Ja (dUH)

41 Nein (übrige Fraktionen)

Maßnahme 1.8: einstimmig Ja

Maßnahme 1.9: einstimmig Ja

Maßnahme 1.3: einstimmig Ja

Maßnahme 3.1 (Antrag der Fraktion BA, die Maßnahme zu streichen und durch den Projektantrag der Hilden Wains zu ersetzen)

7 Ja (Fraktionen BA und FDP)

37 Nein (übrige Fraktionen)

Maßnahme 3.2: einstimmig Ja

Maßnahme 4.1: einstimmig Ja

Buchstabe e: einstimmig Ja

Buchstabe f: (Vorbehalt - kann entfallen)

Im Anschluss an die Abstimmungen sicherte Bürgermeister Scheib auf Anregung der BA-Fraktion zu, dass für den Verwendungsnachweis geforderte Testat durch den Rechnungsprüfungsausschuss feststellen zu lassen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Hilden fasst nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss im Zusammenhang mit dem Zukunftsinvestitionsgesetz folgende Beschlüsse:

- a) Für den Bereich „**Bildungsinfrastruktur**“ werden die zur Verfügung stehenden Mittel für die **energetische Sanierung** verwendet.
- b) In Kenntnis der vorliegenden Anträge wird unter Berücksichtigung der Vorschrift der trägerneutralen Mittelverwendung (Bereich **Bildungsinfrastruktur**) eine **Förderquote von 50 %** für alle Anträge festgelegt.
- c) Für den Bereich „**Infrastruktur**“ werden die zur Verfügung stehenden Mittel nach einer Prioritätenliste verteilt.

- d) Gemäß Sitzungsvorlage werden für den Bereich der **Bildungsinfrastruktur** die Projekte mit den lfd. Nummern

Nr.	Lfd.	Maßnahme
2.1		Neubau einer <i>Sporthalle</i> (mit Änderung des GG) Reservierung von 50 % der aktuellen Kostenberechnung bis zur endgültigen Entscheidung. (=2.450.000,- €)
1.2		Energetische Sanierung des bestehenden Kindergartens im „Ev. Gemeindezentrum“ Schulstr. 35 (=75.000,- €)
1.4		Sanierung der Kindertagesstätte Zur Verlach 22, Hilden (=50.000,- €)
1.6 bis 1.9		Maßnahme der sonstigen Träger. Gesamtvolumen rd. 1.166.000,- € Abzüglich 12,5 % Eigenanteil für die Projekte 1.6 - 1.9= 111.000,- € Zwischensumme 1.055.000,- € davon 50 % =rd. 528.000,- €
1.3		Vorziehen von Maßnahme der energetischen Gebäude-unterhaltung entsprechend der SV 26/110 (=402.930,- €)

und für den Bereich der **Infrastruktur** die Projekte mit den Nummern

Nr.	Lfd.	Maßnahme
3.1		Bahnhofsvorplatz (153.000,- €)
3.2		Ev. Gemeindezentrum (287.794,- €)
4.1		Kolpinghaus – bei positiver Beschlussfassung (435.000,- €)

gefördert.

- e) Sofern Mittel im lfd. Jahr benötigte werden, wird der Kämmerer ermächtigt, diese über- oder außerplanmäßig bereitzustellen. Maßnahmen für 2010 werden in den Haushalt 2010 eingearbeitet.
- f) (entfällt)

7.3 2. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen für den Anschluß an die Abwasseranlage der Stadt Hilden - Anschlußbeitragsatzung - vom 10.04.2003 WP 04-09 SV 60/099

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss und Haupt- und Finanzausschuss:

Die der SV als Anlage in vollem Wortlaut vorliegende 2. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen für den Anschluss an die Abwasseranlage der Stadt Hilden - Anschlussbeitragsatzung - vom 10.04.2003 wird hiermit beschlossen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, das Weitere zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7.4 1. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Hilden (Straßenbaubeitragssatzung) vom 30.06.2005

WP 04-09 SV 60/100

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss und Haupt- und Finanzausschuss:

Die der SV als Anlage beigefügte in vollem Wortlaut vorliegende 1. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Hilden (Straßenbaubeitragssatzung) vom 30.06.2005 wird hiermit beschlossen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, das Weitere zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

CDU-Fraktion:	14 Ja
SPD-Fraktion:	16 Ja
BA-Fraktion:	4 Nein
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	3 Ja
FDP-Fraktion:	3 Enthaltungen
dUH-Fraktion:	3 Ja
Bürgermeister	Ja

7.5 2. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Hilden über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen (Erschließungsbeitragssatzung) vom 07.11.1988

WP 04-09 SV 60/101

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss und Haupt- und Finanzausschuss:

Die der SV als Anlage beigefügte in vollem Wortlaut vorliegende 2. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Hilden über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen (Erschließungsbeitragssatzung) vom 07.11.1988 wird hiermit beschlossen

Der Bürgermeister wird beauftragt, das Weitere zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

CDU-Fraktion:	14 Ja
SPD-Fraktion:	16 Ja
BA-Fraktion:	4 Enthaltungen
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	3 Ja
FDP-Fraktion:	3 Enthaltungen
dUH-Fraktion:	3 Ja
Bürgermeister	Ja

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt die Ergänzung der Gebührensatzung zum 01.07.2009 um die Gebührenart „Baumbestattung“ und beschließt die in vollem Wortlaut vorliegende 16. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Hilden (Friedhofsgebührensatzung) vom 20.06.1996.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Rm. Urban/CDU bat um Vertagung der Beschlussfassung, da die Vorlage erst am gestrigen Tage kurz vor der Fraktionssitzung zugestellt wurde und eine Beratung daher in ihrer Fraktion nicht mehr möglich war.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt stellt im Produkt „**011101 Rechts- und Versicherungsangelegenheiten**“ für die Erstellung der verbindlichen Auskunft beim Finanzamt zur „Optimierung der Verlustverrechnung der Parkhäuser“ einen Betrag von 56.000,- € überplanmäßig zur Verfügung.
Die Deckung ist durch Minderausgaben im Produkt „120104 Verkehrsentwicklungsplanung“, Sachkonto 531310 „Umlage VRR“ gegeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig vertagt

Die Fraktionen erklärten übereinstimmend kein Problem damit zu haben, die beantragten Mittel überplanmäßig bereitzustellen. Im Hinblick auf die weitergehenden Ausführungen der Verwaltung, dass aufgrund neuer Wünsche der Schulleitung möglicherweise mit weiteren Kosten zu rechnen seien, wurde deutlich gemacht, dass diese Vorgehensweise nicht glücklich sei.

Rm. Alkenings/SPD bat darum, für die nächste Sitzung des Schul-, Sport- und Sozialausschusses ein Gesamtkonzept der Schule zum Raumbedarf vorzulegen.

Beigeordneter Gatzke erläuterte, dass Verwaltung und Schule im Rahmen der Modernisierung in einem wirklich guten Optimierungsprozess sich befänden. Hierbei sollte es möglich sein, im Laufe des Prozesses aufkommende Wünsche des Schulleiters zu prüfen und preislich zu quantifizieren.

Auch Beigeordneter Danscheidt erinnerte daran, dass die Verwaltung gemäß dem Ratsbeschluss ausdrücklich aufgefordert wurde, die Wünsche der Schule bei dem Modernisierungsprozess zu berücksichtigen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden nimmt Kenntnis von der zusätzlich erforderlichen Maßnahme im Rahmen der Sanierung und Modernisierung des Helmholtz-Gymnasiums und stimmt den Mehrkosten in Höhe von 60.000 € zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8 Anträge

8.1	Prioritätenliste für energetische Verbesserungen an städtischen Gebäuden
- Antrag der CDU-Fraktion - | WP 04-09 SV
26/110/1 |
|-----|---|-------------------------|
-

Rm. Urban/CDU bat darum, rechtzeitig vor der Erneuerung von Heizungsanlagen den Rat über mögliche Alternativen zu informieren. Ansonsten sei sie mit der von der Verwaltung vorgelegte Prioritätenliste einverstanden.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden stimmt der von der Verwaltung vorgelegten Prioritätenliste für energetische Verbesserungen an städtischen Gebäuden zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig Ja

8.2	Antrag der Fraktion Bürgeraktion Hilden auf Vorlage des Entwurfes einer Baumschutzsatzung und des Entwurfes einer Baumschutz - Richtlinie	WP 04-09 SV 60/104
-

Diese Vorlage war zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt worden.

Diese Vorlage war per Beschluss zu Beginn der Sitzung vor den Tagesordnungspunkten 7.4 ff abgehandelt worden.

Rm Reffgen gab nachfolgende Erklärung zu Protokoll:

*Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,*

die Hoffeldstraße und die Straße Auf der Hübben sind Paradebeispiele für die schwindende Bereitschaft der Bürger, das derzeitige Beitrags- und Beteiligungssystem zu akzeptieren.

Die Verwaltung versucht auf 2¹/₂ Seiten, Gründe für die Ablehnung unseres Antrags zu finden: erfolglos. Erfolglos, weil sie nichts anderes macht, als um den heißen Brei „herumzutanzeln“.

Sagen Sie es doch klar, kurz und knapp: Sie wollen eine Regelung, mit der Sie dem einzelnen Bürger möglichst viel Geld aus der Tasche ziehen können. Das geht so weit, dass Sie kaltschnäuzig den Anwohnern sagen: „Wenn Sie das nicht bezahlen können, dann verkaufen Sie doch.“

Hinzu kommt, dass Ihre Vorgehensweise und Ihre Politik der möglichst hohen Anliegerbeiträge dazu führen, dass bei den Anwohnern die Haltung entsteht: Wenn ich überwiegend für die Straße bezahlt habe, dann möchte ich auch bestimmen, was auf, an und mit der Straße passiert. Wir erleben bei Bürgeranhörungen und –informationen zunehmend häufig, dass Bürger einen Besitzanspruch an „ihrer“ Straße erheben. Dies liegt ganz wesentlich in den zu hohen Straßenbaubeiträgen begründet, denen es ursprünglich einmal zukam, einen gerechten Interessenausgleich zwischen öffentlichem und privatem Interesse herzustellen.

Heute liefern die im Jahr 2005 deutlich von der Ratsmehrheit angehobenen Straßenbaubeiträge – die zuvor mit ihrem reduzierten Satz für die Stadt übrigens auch auskömmlich waren – heute liefern diese erhöhten Straßenbaubeiträge nur noch Konfliktstoff mit unübersehbaren Folgen für den sozialen Frieden in der Stadt: Zwischen Nachbarn, die in Ruhe an einer intakten Straße leben wollen und einer sie bedrängenden und schröpfenden, von der politischen Ratsmehrheit dabei angeleiteten Verwaltung. Es gibt inzwischen kaum noch ein Straßenbauprojekt, das nicht zu schweren Konflikten zwischen sich notgedrungen solidarisierenden Bürgern und der Verwaltung führt: Grünstraße, Wehrstraße, Bibelskirch, Brucknerstraße, Marienweg, Röntgenstraße, bis zu Hoffeldstraße und Auf der Hübben.

In allen Fällen waren und sind Art und Umfang der Straßensanierung und –herstellung und die Höhe der Straßenbaubeiträge der Grund für ausgewachsene Konflikte. Streit mit sich wehrenden Bürgern, die sich von der Verwaltung übervorteilt und überfordert sehen. Wenn derjenige, der bestellt, auch bezahlt, wird in der Regel wirtschaftlicher gehandelt. Bürger dürfen nicht als Ausputzer missbraucht werden.

Meine Damen und Herren,

die Stadt hat mit ihren Satzungen und Verordnungen die Aufgabe, zum Wohl der Menschen beizutragen und nicht den sozialen Frieden zu gefährden. Wir verstehen unseren Antrag auf Reduzierung der Straßenbaubeitragssätze als Beitrag zum Konsens und zum sozialen, verständigen, friedlichen Miteinander in unserer Stadt.

Antragstext:

Der Rat der Stadt Hilden möge beschließen:

1. Die Beitragssätze für die Straßenbaubeiträge gemäß § 8 Kommunalabgabengesetz werden zunächst um 5 Prozentpunkte gesenkt.
2. Der Rat spricht sich dafür aus, in einem angemessenen Zeitraum zu überprüfen, ob in einem zweiten Schritt die Straßenbaubeiträge nochmals gesenkt werden können.
3. Die Verwaltung legt dem Rat zügig einen entsprechenden Satzungsentwurf zur Beschlussfassung vor.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

CDU-Fraktion:	14 Nein
SPD-Fraktion:	16 Nein
BA-Fraktion:	4 Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	3 Ja
FDP-Fraktion:	3 Ja
dUH-Fraktion:	3 Nein
Bürgermeister	Nein

8.4 "Mehr Transparenz bei öffentlichen Unternehmen schaffen"

WP 04-09 SV 01/143

Im Hinblick darauf, dass diese Diskussion auf Landesebene nach wie vor noch nicht abgeschlossen ist, beantragte Rm. Urban für die CDU-Fraktion, die Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt zu vertagen, bis das Gesetzgebungsverfahren im Land beendet sei.

Antragstext:

Der Rat möge beschließen:

Der Rat fordert die städtischen Vertreter in Gremien städtischer Gesellschaften und in Gremien von Zweckverbänden, an denen die Stadt beteiligt ist, auf, ihre Sitzungsgelder öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt wurde mit den Stimmen der Fraktionen CDU und SPD vertagt.

Rm. Joseph/FDP führte aus:

Da hilft kein Schönreden: unbestrittene Tatsache ist doch, dass eine sehr gut funktionierende Wirtschaftsförderung wichtiger denn je wird.

Gewerbesteuer-Einnahmen sind kein Geschenk des Himmels. Um die Gewerbesteuerzahler muss man sich aktiv kümmern.

Es kann doch nicht reichen, wenn sich die Wirtschaftsförderung darauf beschränkt, eingehende Fragen so gut es geht zu beantworten. Bei vergleichbaren Standortfaktoren müssen wir besser sein als die Konkurrenz, um die Betriebe in Hilden zu halten bzw. nach Hilden zu holen!

Die Fragen, die sich mit Blick auf den Status quo unserer Wirtschaftsförderung aufdrängen, lauten doch:

- *Hat die Wirtschaftsförderung eine Strategie?*
- *Hat sie quantitative und qualitative Ziele?*
- *Kennt sie ihre Kunden, ihre Partner, ihre Netzwerke?*
- *Optimiert sie regelmäßig Ihre Instrumente zur Zielerreichung?*
- *Sind die Beteiligten organisatorisch gut aufgestellt?*

Ich behaupte: nein. Die Hildener Wirtschaftsförderung ist zwar da, aber sie weiß nicht wirklich, ob sie die richtigen Dinge tut und ob sie die Dinge richtig tut.

Herr Danscheidt pflegt bei kritischen Fragen dahingehend zu antworten, dass alles in Ordnung sei, dass Erfolgskontrolle nicht notwendig sei, um anschließend konstruktive Vorschläge per se abzulehnen. Er will einfach nicht zulassen, dass wir besser werden.

Eine solche Haltung können wir uns in Hilden nicht weiter leisten.

Antragstext:

Der Bürgermeister wird gebeten, einen Zusammenschluss des Wirtschaftsförderungsamtes der Stadt Hilden mit der Stadtmarketing Hilden GmbH hinsichtlich möglicher Synergiepotentiale bei der Aufgabenwahrnehmung, beim Personal und beim Büroaufwand zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

CDU-Fraktion:	14 Nein
SPD-Fraktion:	16 Nein
BA-Fraktion:	4 Nein
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	3 Nein
FDP-Fraktion:	3 Ja
dUH-Fraktion:	3 Nein
Bürgermeister	Nein

Rm. Urban reichte für die CDU-Fraktion den der Niederschrift als Anlage beigefügten Änderungsantrag zum Antrag der BA-Fraktion ein.

Nach kurzer Diskussion waren sich die Mitglieder des Rates mehrheitlich einig, dass eine Aufgabenanalyse zum jetzigen Zeitpunkt sinnvoll sei, für diese Untersuchung aber keine Kosten für Externe Gutachten entstehen dürften.

Antragstext (Änderungsantrag CDU):

Der Rat der Stadt Hilden möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die vom Wirtschaftsförderungsamt der Stadt, der Stadtmarketing GmbH, der Infrastrukturgesellschaft mbH und der GkA Grundstücksgesellschaft mbH wahrgenommenen Aufgaben einer Analyse zu unterziehen und dabei folgende Aspekte zu prüfen:

1. Aufgabenbeschreibung und -abgrenzung der einzelnen GmbHs und Institutionen, die sich mit Aspekten der Wirtschaftsförderung und des Stadtmarketings befassen (Ist-Analyse);
2. Untersuchung aller Gesellschaften und Einrichtungen daraufhin, ob und inwieweit Institutionen, Förderangebote und Prozesse konsequent aufeinander abgestimmt sind;
3. Erhöhung der Transparenz der mit Wirtschaftsförderung im engeren und weiteren Sinn befassten Gesellschaften mit städtischer Beteiligung und Verbesserung ihrer Steuerungsfähigkeit durch Rat und Stadtverwaltung;
4. dezernats- und fachamtsübergreifende Koordinierung der Aufgaben von städtischer Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing GmbH, Infrastrukturgesellschaft mbH, GkA Grundstücksgesellschaft mbH und Stadthalle Hilden Holding GmbH;
5. strategische Steuerung der in der Wirtschaftsförderung tätigen Gesellschaften mit städtischer Beteiligung;
6. Gestaltung der Aufbau- und Ablauforganisation der Wirtschaftsförderung der Stadt;
7. Entwicklung eines „Daches“ für gemeinsame Grundvorstellungen, Konzepte, Strategien. Imagewerbung und die dafür eingesetzten Instrumente mit dem Ziel, die wirtschaftlichen, kulturellen und touristischen Marketingaktivitäten unter der Dachmarke „Hilden“ aufeinander abzustimmen und stärker zu koordinieren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich Ja

CDU-Fraktion:	14 Ja
SPD-Fraktion:	16 Nein
BA-Fraktion:	4 Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	3 Ja
FDP-Fraktion:	3 Ja
dUH-Fraktion:	3 Ja
Bürgermeister	Nein

9 Sonstige Angelegenheiten

9.1 Prüfungsbericht "Hoffeldstraße"

WP 04-09 SV 14/051

Rm Bartel/Grüne nahm an der Beschlussfassung und Abstimmung über diesen TOP nicht teil.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden nahm den Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Monheim am Rhein zur Kenntnis.

9.2 Entsendung einer offiziellen Delegation in die Partnerstadt Nove Mesto nad Metuji

WP 04-09 SV 01/142

An der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nahm Rm. Scholz/SPD nicht teil.

Bürgermeister Scheib erinnerte daran, dass Einigkeit bestand, bei Teilnahme an einer Delegationsfahrt einen Eigenanteil der Teilnehmer zu verlangen. Wie bei der Fahrt nach Nove Mesto anlässlich des Kinderfestes schlug er vor, den Eigenanteil auch hier auf 110,-- € festzulegen. Davon ausgenommen seien natürlich Personen, die ausdrücklich eingeladen werden. Für diese Regelung signalisierte der Rat Zustimmung.

Beschlussvorschlag:

Auf der Grundlage des Partnerschaftsvertrages beschließt der Rat der Stadt Hilden nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss die Entsendung einer offiziellen Delegation in die Partnerstadt Nové Město nad Metují

- a) in der Zeit vom a: **11.09. bis 15.09.2009**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig Ja

9.3 Erlass einer neuen Sondernutzungssatzung

WP 04-09 SV
32/015/1

Rm. Dr. Bommermann/dUH beantragte, die Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt zu vertagen bis zur nächsten Sitzung des Rates, da nach seiner Auffassung einige Bestimmungen und Formulierungen nicht hinreichend genug bestimmt seien und der vorgelegte Satzungsentwurf daraufhin noch einmal überprüft werden sollte.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden wählt gemäß § 3 Schiedsamtsgesetz Nordrhein-Westfalen für den Zeitraum vom 01.09.2009 bis zum 31.08.2014 Herrn Dr. Claus Steinberg zum Schiedsmann für den Schiedsbezirk Hilden II (Nord / West).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden wählt gemäß § 3 Schiedsamtsgesetz Nordrhein-Westfalen für den Zeitraum vom 01.10.2009 bis zum 30.09.2014 Herrn Torsten Weiser zum stellvertretenden Schiedsmann für beide Schiedsbezirke in Hilden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

10 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

10.1 Termine

Bürgermeister Scheib teilte mit, dass am Dienstag, 14. Juli 2009, die Verlegung von 11 weiteren Stolpersteinen geplant sei, begonnen werde um 9.00 Uhr an der Mittelstr. 62.

Des Weiteren findet am 01. September 2009, also unmittelbar nach den Kommunal- und Bürgermeisterwahlen, um 16.00 Uhr im Bürgersaal der Stadt Hilden eine Sitzung des IHK-Ausschusses statt.

10.2 Baustopp Sparkassenneubau

Der Baudezernent, 1. Beigeordneter Thiele, verwies darauf, dass seit dem 17. Juni der weitere Bau des Sparkassenneubaues vorerst gestoppt wurde, nachdem das Verwaltungsgericht Düsseldorf im Rahmen eines Eilverfahrens der Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage der Anwohner zugestimmt habe. Des Weiteren wurde am gestrigen Tage auch ein Normenkontrollverfahren durch den Anwalt der Kläger eingereicht. Das Gericht rügt in seiner Begründung, dass die Baugenehmigung in einigen Punkten zu ungenau sei und zwar im Hinblick auf die Betriebszeit der Versammlungsstätte, die in der Baugenehmigung mit 7.00 bis 24.00 Uhr für gelegentliche Veranstaltungen festgelegt wurde. Nach Auffassung des Gerichtes könne „gelegentlich“ auch dreimal die Woche bedeuten. Auch im Hinblick auf die damit verbundenen Öffnungszeiten der Tiefgarage wurde gerügt, dass hier keine Aussage zu den zu erwartenden Immissionen im Lärmschutzgutachten getroffen wurde. Hierin sah das Verwaltungsgericht eine Verletzung des Rücksichtnahmegebotes gegenüber den Anliegern. Das Verwaltungsgericht habe nicht explizit einen Baustopp ausgesprochen, würde dies aber tun, wenn die Anwohner dies beehrten. Insofern habe die Sparkasse von sich aus entschieden, einen Baustopp zu verhängen. In der Folge habe die Sparkasse jetzt auf die beantragte und genehmigte Versammlungsstätte verzichtet und zugestimmt, ein neues Lärmschutzgutachten erstellen zu lassen. Zum Normenkontrollverfahren führte er aus, dass bislang keine Gelegenheit war, die Begründung auszuwerten. Insofern könne hierzu zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage getroffen werden. Die Verwaltung werde den Rat jedoch auf dem Laufenden halten.

Rm. Urban/CDU reichte für die CDU-Fraktion die in der Niederschrift als Anlage beigefügte Anfrage ein.

Rm. Weinrich/BA gab die in der Niederschrift als Anlage beigefügte Erklärung zu Protokoll.

Rm. Alkenings/SPD erklärte zu Protokoll, dass sie in der Presse nicht richtig zitiert worden sei. Tatsächlich habe sie gesagt, dass „ein Bauherr ein Anrecht darauf habe, das genehmigt zu bekommen, was im Bebauungsplan festgelegt sei“.

10.3 Lage- und Rechenschaftsbericht 2007

Der Kämmerer führte aus, dass bekanntlich am 01. April 2009 der Abschluss für das Haushaltsjahr 2007 dem Rat zur Kenntnis gebracht und beschlossen wurde. Leider war es aus zeitlichen Gründen nicht möglich, den Lage- und Rechenschaftsbericht zeitgleich vorzulegen. Der Bericht wurde zwischenzeitlich erstellt und allen Ratsmitgliedern in der Sitzung verteilt. Gegenüber den bisherigen Rechenschaftsberichten unterscheidet sich der neue Lage- und Rechenschaftsbericht für das Jahr 2007 nicht nur alleine durch den größeren Umfang, sondern es sind auch etliche zusätzliche Erläuterungen und Übersichten abgedruckt. Wesentlicher Bestandteil des Berichtes ist auch ein Vergleich, der Schlüsselleistungen/Kennzahlen, des Leistungsumfanges sowie der fortgeschriebenen Ansätze mit den Ergebnissen des Jahres 2007. Damit besteht erstmalig die Möglichkeit Planung und Abwicklung miteinander zu vergleichen.

Besonders wurde nochmals darauf hingewiesen, dass es in sehr vielen Fällen Unterschiede zwischen dem fortgeschriebenen Ansatz und dem Ergebnis 2007 gibt. Diese ergab sich, weil im Jahre 2007 eine Reihe von Vorgehensweisen einvernehmlich mit dem Rechnungsprüfungsamt geändert wurden, bzw. die Haushaltsabwicklung sich dann doch anders darstellte als noch zu kameralen Zeiten geplant. Weil weiterhin die Verwaltung in den zurückliegenden Jahren Wert darauf gelegt hat, dass Schlüsselleistungen/Kennzahlen und Leistungsdaten ermittelt und berechnet werden, so wurden diese zur Dokumentation auch in den Lage- und Rechenschaftsbericht mit aufgenommen. Damit ist eine umfassende Information der Ratsmitglieder zum gesamten Bereich des Abschlusses 2007 gegeben

10.4 Konzernbilanz

Der Kämmerer führte zum Themenbereich „Konzernabschluss“ aus, dass die Gemeinden verpflichtet sind, zum 31.12.2010 einen Gesamtabschluss zu erstellen. Bildlich bedeutet dieses, dass alle Bilanzen der städtischen Gesellschaften inkl. der Bilanz der Stadt Hilden „zusammen gefasst“ werden müssen.

Auf Landesebene hat es hierzu ein Modellprojekt gegeben. Die Abschlusspräsentation fand am 22. Juni 2009 in Düsseldorf statt. Die neue Handreichung werde hierzu Ende August 2009 erscheinen. Damit sich die städtischen Beteiligungen auf diese neue Aufgabe vorbereiten können, wird Anfang September 2009 eine erste Info-Veranstaltung mit den Geschäftsführern stattfinden.

10.5 Finanzstatus

Der Kämmerer teilte mit, dass aus heutiger Sicht auf einen Nachtrag verzichtet werden könne, da die Ausfälle bei den Gewerbesteuerzahlungen durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben an anderer Stelle weitgehend gedeckt seien. Gleichwohl gäbe es bei den Gewerbesteuerzahlungen sicherlich noch keine Gewissheit. Die Verwaltung werde den Fraktionen einen Finanzstatus zur Verfügung stellen, sobald alle Fakten bekannt seien.

11 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

11.1 Netzwerk Kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzepte

Rm. Vogel reichte für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen folgenden Antrag ein:

Auf Vorschlag des Städte- und Gemeindebundes NRW hat das MUNLV die Gründung eines Netzwerkes „Kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzepte“ mit finanzieller Unterstützung des Landes beschlossen. Es haben bereits mehrere Städte ihre Bereitschaft erklärt, diesem Netzwerk beizutreten

Antrag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt, den Beitritt der Stadt an dem Netzwerk Kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzepte.

Begründung:

Der Aufbau und die Umsetzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsstrategien in der Stadt Hilden soll durch den Beitritt in diesem Netzwerk vereinfacht und beschleunigt werden. Insbesondere in Zusammenhang mit der zur Zeit laufenden Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes ist der Erfahrungsaustausch und die Kenntnis von praktikablen Konzepten und Maßnahmen sinnvoll. Die Vorteile dieses Netzwerkes liegen in der Nutzung und Koordination von Synergieeffekten, der Kosteneinsparung durch Wissensbündelung sowie dem Wissen um und dem vereinfachten Zugriff auf Fördermitteln.

11.2 Streikmaßnahmen der Erzieherinnen und Erzieher in den KITA

Rm Horzella reichte für die dUH-Fraktion folgende Anfrage ein:

- *Muss die Stadt Hilden wegen der Streikmaßnahmen der Erzieherinnen und Erzieher in den KITA gezahlte Elternanteile zurück erstatten?*
- *Sind durch die Streikmaßnahmen Einsparungen bei den zu zahlenden Gehältern angefallen und in welcher Höhe.*

Wir bitten um schriftliche Beantwortung.

11.3 Sporthallenkapazität laut Schulentwicklungsplan 2007

Rm. Weinrich reichte für die BA-Fraktion folgende Anfrage ein:

Der Schulentwicklungsplan 2007 weist unter Ziffer 14, Tabelle 43, für den Bereich „Innenstadt“ einen Überschuss an Sporthallenkapazitäten, bezogen auf den Bedarf 2012/2013, auf.

In diese Betrachtung sind die Fabry-Realschule, die Gemeinschaftsgrundschule Walder Straße und das Helmholtz-Gymnasium einbezogen. Bei der Aufstellung dieses Raumprogramms wurde –wie unter Ziffer 14 aufgeführt –, von einer Übungseinheit (Sporthalle) je angefangene 10 Klassen ausgegangen, wie es nach den Grundsätzen für die Aufstellung von Raumprogrammen erforderlich ist.

Die Entwicklung der Klassenzahlen entspricht bisher annähernd den Planungsansätzen aus dem Jahre 2007.

Nunmehr wird vom Beigeordneten Gatzke die Auffassung vertreten, die bestehenden Hallenkapazitäten reichten nicht mehr aus und ein dreifacher Sporthallen-Neubau für 5 Mio. EUR sei deshalb erforderlich.

Ich frage die Stadtverwaltung:

1. *War die Kapazitätsberechnung im Schulentwicklungsplan falsch?*
2. *Haben sich in den letzten zwei Jahren wesentliche Rahmenparameter geändert?*
3. *Haben sich die Grundsätze für die Aufstellung von Raumprogrammen geändert?*
4. *Wie begründet sich der jetzt bestehende Bedarf gegenüber dem Schulentwicklungsplan?*
5. *Wie verteilt sich der von der Stadtverwaltung nach Verabschiedung des Schulentwicklungsplans ermittelte zusätzliche Bedarf auf*
 - a. *Schulsportstunden auf der Grundlage des Schulentwicklungsplans 2007;*
 - b. *auf Sportstunden im Zusammenhang mit seither eingetretenen oder angestrebten Veränderungen (z. B. Ganztagsbetrieb)?*
6. *Sind bereits Kooperationsmöglichkeiten mit „HAT-fit“ und der „Sportmühle“ untersucht worden?*
7. *Wieviele Sportstunden könnten im „Hildorado“ angeboten/genutzt werden?*
8. *Besteht in der Aula des „Helmholtz-Gymnasiums“ die Möglichkeit, Sportstunden abzuhalten, z.B. für Entspannungsübungen?*

11.4 Stand der Umsetzung eines Ratsbeschlusses vom 19.12.1995

Rm. Weinrich reichte für die BA-Fraktion folgende Anfrage ein:

Mit Ratsbeschluss vom 19. Dezember 1995 ist die Stadtverwaltung beauftragt worden, den Stadtentwicklungsausschuss über „Verhandlungen mit Unternehmen, die an einer Ansiedlung in diesem Gebiet [Giesenheide] interessiert sind“ zu informieren, und zwar „regelmäßig und rechtzeitig“.

Ich frage die Stadtverwaltung:

9. *Ist der Stadtverwaltung dieser Ratsbeschluss nicht bekannt?*
10. *Ist dieser Ratsbeschluss aufgehoben worden?*
11. *Falls nicht, warum ist dieser Ratsbeschluss immer noch nicht umgesetzt worden?*
12. *Mit welchen, an einer Ansiedlung oder an einer Nutzung bestehender Gebäude in der Giesenheide interessierten Unternehmen, Personengesellschaften oder Einzelpersonen hat die Stadtverwaltung innerhalb der letzten achtzehn Monate (01.01.2008 bis 30.06.2009) Gespräche oder Verhandlungen geführt?*
13. *Wie ist der aktuelle Verhandlungsstand?*

11.5 Beteiligungsmanagement und Informationsversorgung der Politik

Rm. Weinrich reichte für die BA-Fraktion folgende Anfrage ein:

Mit Beschluss des Kreistags vom 27.03.2006 ist die Kreisverwaltung beauftragt worden, im Zuge der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) die Voraussetzungen für die Etablierung eines strategischen Beteiligungsmanagements des Kreistages in Form jährlicher strategischer Vorgaben für die verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu ermitteln und diese dem Kreisausschuss mitzuteilen. Der Rat der Stadt hat am 01.04.2009 den Antrag der „Bürgeraktion Hilden“ zum Thema „Beteiligungsmanagement der Stadt entwickeln und stetig optimieren!“ mehrheitlich abgelehnt.

Ich frage die Stadtverwaltung:

14. *Welche Voraussetzungen für ein strategisches Beteiligungsmanagement sind in Hilden bereits vorhanden?*
15. *Wie und durch wen erfolgt inhaltlich-fachlich die Begleitung und Betreuung der einzelnen Beteiligungen bei der Stadt, bei den zuständigen Dezernaten und Ämtern sowie bei den durch den Rat bestimmten Mandatsträgern?*
16. *Sieht die Stadtverwaltung vor dem Hintergrund, dass Rat und Fachausschüsse über die bestehenden Beteiligungen und deren wirtschaftliche Situation bisher in der Regel nur wenig Informationen erhalten haben, die Notwendigkeit, mit einem zentralen Beteiligungsmanagement die entsprechende Informationsversorgung der Politik zu übernehmen?*
17. *Was hält die Stadtverwaltung von dem Vorschlag, entsprechend dem Vorgehen der Kreisverwaltung:*

- a. künftig einmal im Jahr in einem Ausschuss für Beteiligungsmanagement oder im Haupt- und Finanzausschuss die wirtschaftliche Situation bzw. Entwicklung der Beteiligungen darzustellen;
- b. im Haupt- und Finanz- oder in einem anderen Ausschuss durch die Geschäftsführungen der maßgeblichen Beteiligungen den Wirtschaftsplan und den Jahresabschluss vorzutragen, eine Überwachung und Analyse der jeweiligen Jahresabschlüsse vorzunehmen und über die Zielerreichung zu berichten;
- c. vorbereitend für den Rat die strategischen Ziele des Gesellschafters festzulegen,
- d. im Hinblick auf die Ergebnisbeiträge der Beteiligungen zum Gesamtabschluss der Stadt eine Beschlussempfehlung an den Rat zu geben?

11.6 Bücherschrank in der Hildener Innenstadt

Rm. Reffgen reichte für die BA-Fraktion folgenden Antrag ein:

Der Rat der Stadt Hilden möge beschließen:

Der Bürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob in der Innenstadt - vorzugsweise auf dem Ellen-Wiederhold-Platz - ein Schrank für Bücher aufgestellt werden kann, woran sich jeder bedienen und wo ein jeder seine alten Bücher für andere hinterlassen kann.

Begründung:

Was macht man mit Büchern, die man gelesen hat und die man wahrscheinlich nie wieder lesen wird? Oder die man geschenkt bekommt, aber nie lesen will? Wegwerfen, verschenken, verkaufen, auf dem Dachboden oder im Keller verstauben lassen? Gelegentlich nehmen sich Organisationen und die Stadtbücherei dieses Problems an und veranstalten Tauschbörsen. Es gibt aber auch noch eine andere Möglichkeit, die sich als ständige Einrichtung etablieren könnte: eine öffentliche Büchervitrine. Dort kann jeder sowohl Bücher einstellen als auch Bücher mitnehmen (und - wer will - auch wieder zurückbringen).

In Bonn gibt es drei so genannte Büchervitrinen, die sehr rege genutzt werden. Der Bücherschrank ist keine Tauschbörse im klassischen Sinne, denn die Leute bringen zum Teil auch Bücher mit, ohne dafür etwas im Tausch zu erhalten. Manche bringen gelesene Bücher wieder zurück in die Vitrine. Für viele ist „books outdoor“ zu einer Alternative zur öffentlichen Bibliothek geworden. Die Nutzer kommen miteinander ins Gespräch und es entwickeln sich völlig neue Kommunikationsnetze, die es ohne den Schrank nicht geben würde. In Bonn entwickelte das System eine Eigendynamik und funktioniert ohne festgelegte Normen und Regeln. Die Nutzer räumen den Schrank in Eigeninitiative auf und säubern ihn. Missbräuchliche Nutzungen werden durch eine Art freiwillige Kontrolle der Benutzer und die soziale Kontrolle auf einem belebten öffentlichen Platz weitestgehend vermieden.

In Bonn erfreut sich die Einrichtung - besser bekannt als Poppelsdorfer Bücherschrank - bereits seit 2003 großer Beliebtheit. Der Konsumökonom Prof. Piorkowsky bezeichnet es als bemerkenswert, dass sich ein so simpler Gegenstand von einer Ablagemöglichkeit für Bücher zu einem sozialen Projekt entwickelt hat und Möglichkeiten jenseits von Profit aufzeigt. Es stellt eine interessante Alternative zu herkömmlichen Systemen dar, ohne dass es um Umsatz, Gewinnerzielung oder Gewinnmaximierung geht.

Ende der Sitzung: 22:05 Uhr

Vorsitzender:
Bürgermeister Günter Scheib

Schriftführer/in:
Roland Becker